

MARTIN HECKEL

Die theologischen Fakultäten im weltlichen Verfassungsstaat

Jus Ecclesiasticum

31

Mohr Siebeck

JUS ECCLESIASTICUM

Beiträge zum evangelischen Kirchenrecht
und zum Staatskirchenrecht
Band 31

Herausgegeben von
AXEL FRHR. VON CAMPENHAUSEN
GERHARD GRETHLEIN · MARTIN HECKEL
KLAUS OBERMAYER · RUDOLF WEEBER

MARTIN HECKEL

Die theologischen Fakultäten
im weltlichen Verfassungsstaat



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1986

Geschäftsführender Herausgeber: Martin Heckel

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Heckel, Martin:

Die theologischen Fakultäten im weltlichen
Verfassungsstaat / Martin Heckel. – Tübingen:
Mohr, 1986.

(Jus ecclesiasticum; Bd. 31)

ISBN 3-16-645031-9 / eISBN 978-3-16-163096-5 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

[ISSN 0449-4393]

NE: Jus ecclesiasticum

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1986.
Alle Rechte vorbehalten.

Printed in Germany. Satz und Druck von Gulde-Druck GmbH in Tübingen.
Bindung von Heinrich Koch in Tübingen.

OTTO BACHOF

in freundnachbarlicher Verbundenheit

Vorwort

Diese Untersuchung ist aus mannigfachen Anregungen der Praxis erwachsen. Sie versucht, vor allem die Zusammenhänge zwischen dem Hochschulrecht und dem Staatskirchenrecht sowie zwischen dem Staatskirchenrecht und dem inneren Kirchenrecht der Konfessionen in ihrer komplexen Differenziertheit aufzuzeigen. Sie widmet ihr besonderes Interesse den Rechtsfragen der evangelisch-theologischen Fakultäten, deren Grundprobleme und Spezialregelungen bisher nicht entfernt so eingehend diskutiert und aufbereitet worden sind wie das katholisch-theologische Fakultätenrecht. Sie will nicht handbuchartig eine vollständige Darstellung des Rechtsstoffes geben, sondern eher monographisch den grundsätzlichen Fragen und Entwicklungen dieses sensiblen kulturverfassungsrechtlichen Bereiches nachgehen. Seit der letzten großen, die wissenschaftliche Diskussion vertiefende Darstellung des Rechts der theologischen Fakultäten von Ernst-Lüder Solte vor 14 Jahren haben sich manche neuen Aufgaben für die Lehre und die Praxis gestellt.

Die Studie ist für Juristen und Theologen geschrieben. Gerade auch den letzteren will sie eine Orientierungshilfe über die weltlichen Rahmenbedingungen der theologischen Arbeit im System des modernen Staates und Rechtes anbieten.

Für ihre Hilfe bei der Drucklegung und bei der Anfertigung der Register danke ich herzlich meinen Assistenten Dietrich Kratsch, Georg Ris, Jörg Kriewitz und vor allem meiner lieben Frau.

Tübingen, im Juli 1985

Martin Heckel

Gliederung

Erster Teil

Problematik und Entwicklung

I. Die Koinzidenz der kulturstaatlichen und staatskirchenrechtlichen Probleme	1
II. Äußere Kontinuität und innere Divergenzen des Rechts im kultur- und kirchenpolitischen Spannungsfeld	2
III. Die Notwendigkeit der institutionellen Gesamtsicht	9
IV. Die verschiedene historische Entwicklung im katholischen und evangelischen Fakultätenrecht	10

Zweiter Teil

Verfassungsrechtliche Grundlagen der theologischen Fakultäten

I. Der umfassende Kulturstaatsauftrag	17
II. Die Weltlichkeit des Staates und ihre Folgen für die theologischen Fakultäten	23
III. Die Trennung von Staat und Kirche im theologischen Fakultätenrecht	30
IV. Die Garantie der Selbstbestimmung der Religionsgesellschaften und das theologische Fakultätenrecht	33
V. Die staatskirchenrechtlichen Grundprinzipien im Status der theologischen Fakultäten	39

Dritter Teil

Die Mitwirkung der katholischen Kirche in Personalangelegenheiten der katholisch-theologischen Fakultäten

I. Zur Bedeutung der Personalstruktur und des Berufungsverfahrens	47
II. Das vorbeugende Mitwirkungsrecht im »nihil obstat«	48
III. Das nachträgliche Beanstandungsrecht und seine Folgen	54
IV. Die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit des Ausscheidens wegen der Unzulänglichkeit »milderer« Alternativen	62
V. Die Zumutbarkeit des Ausscheidens bei Fortbestand der Statusrechte	66
VI. Die Zumutbarkeit des Ausscheidens infolge der Abwicklungsregelung	73

VII. Die Eingliederung des beanstandeten Theologen in eine andere Fakultät . . .	77
VIII. Gesamtwürdigung	79

Vierter Teil

Die Mitwirkung der evangelischen Kirchen in Personalangelegenheiten der evangelisch-theologischen Fakultäten

I. Traditionelle Aspekte	84
II. Die Regelung der Kirchenverträge	87
III. Die Sinnverkehrung des Begutachtungsrechts in der äußeren Rechtskontinuität	89
IV. Die bindende Wirkung der kirchlichen Bedenken	94
V. Das kirchliche Beanstandungsrecht	99
VI. Der Kreis der betroffenen Personen	103
VII. Verfahrensregelungen	105
VIII. Der Gegenstand und Maßstab der kirchlichen Mitwirkung	113

Fünfter Teil

Exkurs in das evangelische Kirchenrecht: Bekenntnis, Bekenntnisrelevanz, Bekenntniswahrung

I. Die Lösung der Zuordnungsfragen: Das evangelische Bekenntnis als theologisches Wahrheitszeugnis der evangelischen Kirche	127
II. Die Rechtsbedeutung des Bekenntnisses innerhalb der Kirche	134
III. Die Verschiedenartigkeit der Bekenntnisrelevanz und des Bekenntniskonsenses	141
IV. Die Bekenntniswahrung der Kirche und die theologischen Fakultäten	150
V. Keine Verletzung der »evangelischen Lehrfreiheit« und der Wissenschaftsfreiheit	168
VI. Die Lehrordnung der Kirche und die Universitätstheologie im besonderen	170

Sechster Teil

Institutionelle Sonderfragen

I. Die Einordnung der Einzelfragen in den Gesamtstatus der theologischen Fakultäten	196
II. Mitgliedschaft konfessionsfremder theologischer Lehrer in einer theologischen Fakultät?	201
III. Konfessionslose Dozenten der Theologie?	212
IV. Die Befriedigung interkonfessioneller Lehrbedürfnisse	213
V. Besonderheiten der akademischen Selbstverwaltung und des Satzungsrechts der theologischen Fakultäten	216

VI. Die Mitwirkung der Kirchen bei akademischen Studien- und Prüfungsordnungen	220
--	-----

Siebter Teil

Die theologischen Prüfungen und Grade

I. Die äußere Vielgestaltigkeit des theologischen Prüfungswesens	232
II. Die innere Einheit des theologischen Prüfungswesens	241
III. Theologische Qualifikation der Prüfer	248

Achter Teil

Konfessionszugehörigkeit als Prüfungsvoraussetzung

I. Allgemeines	270
II. Sonderregelungen evangelisch-theologischer Fakultäten	275
III. Sonderprobleme der katholisch-theologischen Fakultäten	290
IV. Die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit des Ausschlusses konfessionsfremder und -loser Kandidaten	303
V. Sonderfragen	313

Neunter Teil

Die Errichtung theologischer Einrichtungen durch den Staat

I. Die neue Problemstellung	322
II. Die staatliche Organisationsgewalt im Bereich der Theologie	326
III. Grenzen der staatlichen Organisations- und Regelungshoheit aus Artt. 137 WRV/140 GG	328
IV. Die rechtlichen Konsequenzen	332
V. Erforderlichkeit kirchlichen Einverständnisses kraft Kirchenvertrages? . . .	344

Zehnter Teil

Zum Status der kirchlichen Hochschulen

I. Das Gefüge staatlicher und kirchlicher Ordnungselemente	349
II. Umfang und innere Ausrichtung des kirchlichen Hochschulwesens	352
III. Rechtsstrukturen der kirchlichen Hochschulen	359
IV. Die Freiheit der Kirche zur Hochschulgründung	364
V. Die staatliche Kulturverantwortung hinsichtlich der kirchlichen Hochschulen	374
VI. Der Sonderstatus der Kirchen im Recht der nichtstaatlichen Hochschulen . .	379

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Problematik und Entwicklung

I. Die Koinzidenz der kulturstaatlichen und staatskirchenrechtlichen Probleme	1
II. Äußere Kontinuität und innere Divergenzen des Rechts im kultur- und kirchenpolitischen Spannungsfeld	2
1. Ältere Bestandsgarantien der theologischen Fakultäten	2
2. Die Durchnormierung des »weltlichen« Hochschulrechts	3
3. Einseitigkeiten der Grundrechtsinterpretation	5
4. Kulturpolitische Spannungen	6
5. Kirchenpolitische Instrumentalisierungsversuche	7
6. Ökumenische Fragen und kirchliche Veränderungen	7
7. Säkularisierung des Geisteslebens	8
III. Die Notwendigkeit der institutionellen Gesamtsicht	9
IV. Die verschiedene historische Entwicklung im katholischen und evangelischen Fakultätenrecht	10
1. Der Status der theologischen Fakultäten bis zur Aufklärung	10
2. Der neue Grundtyp des katholischen Fakultätenrechts seit dem 19. Jahrhundert ..	12
3. Verbleib des evangelischen Fakultätenrechts in der staatskirchenrechtlichen Verklammerung	13

Zweiter Teil

Verfassungsrechtliche Grundlagen der theologischen Fakultäten

I. Der umfassende Kulturstaatsauftrag	17
1. Freiheit und Förderung der Kultur in Respektierung ihrer Eigengesetzlichkeit ...	17
2. Pluralistische Vielfalt und Offenheit der staatlichen Kulturförderung und Wissenschaftsdefinition	18
3. Schutz der Theologie in ihrer Besonderheit	19
4. Wahrung ihrer interdisziplinären Verbindungen	20
5. Nationale Einheitlichkeit und Sozialstaatlichkeit staatlicher Kulturförderung ...	21
6. Übereinstimmung zwischen Staatskirchenrecht und Kulturverfassungsrecht ...	22
7. Kein diskriminierender Ausschluß der Theologie von der Universität	23
II. Die Weltlichkeit des Staates und ihre Folgen für die theologischen Fakultäten	23
1. Kulturstaatlichkeit als Legitimation	23

2. Das Ende des »Christlichen Staates«	24
3. Konsequenzen für die theologischen Fakultäten. Die Grundtypik der staatskirchenrechtlichen Parallelfiguren	25
4. Fehlende Kompetenz des weltlichen Staates für religiöse Entscheidungen und Maßstäbe	26
5. Keine Eliminierung des religiösen Gehaltes religiöser Phänomene durch den freiheitlichen Staat	27
6. Keine Verfügbarkeit für den staatlichen Amtsträger	27
7. Respektierung des religiösen Selbstverständnisses bei der staatlichen Kulturpflege religiöser Kultur	29
III. Die Trennung von Staat und Kirche im theologischen Fakultätenrecht	30
1. Trennung als Instrument der Freiheit	30
2. Keine Bereichstrennung	31
3. Trennung der Zielsetzung und Maßstäbe	31
4. Kooperation und Koordinierung in den »gemeinsamen Angelegenheiten«	31
5. Folgen und Wandlungen des Trennungsprinzips	32
IV. Die Garantie der Selbstbestimmung der Religionsgesellschaften und das theologische Fakultätenrecht	33
1. Ihre Relevanz für die theologischen Fakultäten als Staatseinrichtungen	33
2. Die staatlichen Schrankengesetze in der Wechselwirkung mit der Selbstbestimmungsgarantie der Kirchen	35
3. Keine Verweisung der Kirchen auf den Rückzug aus den Staatsuniversitäten bzw. auf kirchliche Kampfmaßnahmen	36
4. Die Religionsfreiheitsgarantie des Art. 4 GG und das Fakultätenrecht	37
5. Grenzen der kirchlichen Mitwirkung	38
V. Die staatskirchenrechtlichen Grundprinzipien im Status der theologischen Fakultäten	39
1. »Partnerschaft« bzw. Ausgleich	39
2. Neutralität	40
3. Säkularisierung	41
4. Parität	44

Dritter Teil

Die Mitwirkung der katholischen Kirche in Personalangelegenheiten der katholisch-theologischen Fakultäten

I. Zur Bedeutung der Personalstruktur und des Berufungsverfahrens	47
II. Das vorbeugende Mitwirkungsrecht im »nihil obstat«	48
1. Lehre und Wandel als Beanstandungsgrund	49
2. Bei Lehrfunktionen aller Art	51
3. Die Beurteilungs- und Entscheidungskompetenz	51
4. Grenzen kirchlicher Mitwirkung	52
5. Die Zuständigkeit des Ortsbischofs und dessen innerkirchliche Weisungsgebundenheit	53
III. Das nachträgliche Beanstandungsrecht und seine Folgen	54
1. Die Konkordatsverpflichtung zum Ausscheiden des Beanstandeten	56
2. Die Konkordatsverpflichtung und die Schranken der religiösen Selbstbestimmungsgarantie	59

IV. Die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit des Ausscheidens wegen der Unzulänglichkeit »milderer« Alternativen	62
1. Ungenügen kircheneigener Abhilfemaßnahmen	62
2. Ungenügen des teilweisen Ausschlusses	64
V. Die Zumutbarkeit des Ausscheidens bei Fortbestand der Statusrechte	66
1. Die Erhaltung der »staatsdienlichen Rechte«	66
2. Die Konfessionsgebundenheit des Amtes	67
3. Die Konfessionsneutralität des persönlichen Status	68
a) Der Beamtenstatus	69
b) Der Status als Wissenschaftler	69
c) Der korporationsrechtliche Status	71
d) Der Status der Privatdozenten	72
VI. Die Zumutbarkeit des Ausscheidens infolge der Abwicklungsregelung	73
1. Neuumschreibung des Aufgabenbereichs	73
2. Ausstattungsfragen	74
3. Mitwirkung in der katholisch-theologischen Fakultät?	75
VII. Die Eingliederung des beanstandeten Theologen in eine andere Fakultät	77
1. Die Organisationsgewalt	77
2. Die Zuordnungsfragen	78
3. Die Ausnahmestellung extra facultates	79
VIII. Gesamtwürdigung	79
1. Ausgleich der institutionellen und individuellen Rechtsmomente	79
2. Keine Verletzung der Fakultätsautonomie	80
3. Keine Verletzung der Glaubensfreiheit	81
4. Keine Diskriminierung und Privilegierung	81
5. Rechtspolitische Bedenken	82

Vierter Teil

Die Mitwirkung der evangelischen Kirchen in Personalangelegenheiten der evangelisch-theologischen Fakultäten

I. Traditionelle Aspekte	84
II. Die Regelung der Kirchenverträge	87
1. Ihr Grundtyp	87
2. Ihre Sonderformen	87
3. Ihre Bewertung	88
4. Ihre historischen Wurzeln	88
III. Die Sinnverkehrung des Begutachtungsrechts in der äußeren Rechtskontinuität	89
1. Der Umbruch des normativen Umfeldes	89
2. Paritätsverzerrungen	90
3. Freiheitsgefährdungen	91
4. Die doppelte Aufgabe der religiösen und der wissenschaftlichen Freiheitssicherung	93
5. Verfassungskonforme Interpretation der Kirchenverträge	94

IV. Die bindende Wirkung der kirchlichen Bedenken	94
1. Die verfassungsrechtlichen Gründe	95
2. Kein Verzicht der Kirchen	96
3. Grenzen der verfassungskonformen Interpretation	97
V. Das kirchliche Beanstandungsrecht	99
1. Die Lücke in den Kirchenverträgen	99
2. Die Bedeutung des Beanstandungsrechts	100
3. Verfahrensfragen	100
4. Verfassungsrechtliche Auswirkungen	100
5. Die Abwicklung	101
6. Probleme der Ersatzgestaltung	102
VI. Der Kreis der betroffenen Personen	103
1. Die Regelung der Kirchenverträge	103
2. Verfassungsrechtliche Bedenken	104
3. Umfassendes Beanstandungsrecht	104
4. Begrenztes Begutachtungsrecht	104
VII. Verfahrensregelungen	105
1. Ihre Verschiedenheiten und Verschiebungen	105
2. Das Verhältnis zwischen Kirche und Kultusverwaltung	106
3. Das Verhältnis der Kirchen untereinander	110
4. Das Verhältnis zwischen Kirche und Fakultät	111
VIII. Der Gegenstand und Maßstab der kirchlichen Mitwirkung	113
1. Die Kirchenvertragsregelung	113
2. Notwendige Differenzierungen	114
3. Die Kompetenz der Kirchen hinsichtlich der geistlichen Aspekte	114
4. Die Kompetenz des Staates hinsichtlich der weltlichen Aspekte	115
5. Lehre und Lebenswandel als Beanstandungsgrund	117
6. Der Schutz vor Einseitigkeiten	118
7. Fehldeutungen	122
8. Die Zuordnung des staatlichen und kirchlichen Rechts	124
a) Keine säkularisierende Festlegung der staatlichen Wissenschaftspflege auf einen antitheologischen Wissenschaftsbegriff	125
b) Bezugnahme des staatlichen Rechts auf das kirchliche Bekenntnis	125
c) Beachtung der Parität	125
d) Keine Verbindlichkeit der katholischen Lösung	125
e) Evangelische Selbstbestimmung in evangelischen Bekenntnisfragen	126

Fünfter Teil

Exkurs in das evangelische Kirchenrecht: Bekenntnis, Bekenntnisrelevanz, Bekenntniswahrung

I. Die Lösung der Zuordnungsfragen: Das evangelische Bekenntnis als theo- logisches Wahrheitszeugnis der evangelischen Kirche	127
1. Bekenntnis als Akt der Kirche	128
2. Die theologische, nicht soziologische oder juristische Bestimmung des Bekennt- nisbegriffs	130
3. Unterschiede zur katholischen Lehrgewalt	132
4. Die theologische Selbstbegrenzung des Bekenntnisses	132

5. Seine Verbindlichkeit	133
6. Bekenntnis als Bekenntnisgeschehen	133
7. Grenzen der Juridifizierbarkeit	134
II. Die Rechtsbedeutung des Bekenntnisses innerhalb der Kirche	134
1. Konsequenzen im Kirchenrecht	135
2. Nach den Bekenntnisschriften	135
3. Nach den Kirchenverfassungen	137
4. Bekenntnisbindung, nicht Bekenntnisausgrenzung	139
5. Fehlentwicklungen	140
III. Die Verschiedenartigkeit der Bekenntnisrelevanz und des Bekenntnis-	
konsenses	141
1. Nach den Rechtsgebieten	141
2. Nach den Bekenntnisformen	142
3. Nach dem Konsensgrade	143
4. Interprotestantische Gemeinsamkeiten	144
5. Ökumenische Einigungsprozesse	146
6. Innerkirchliche Konsensunterschiede	148
7. Grenzen der Bekenntnisbindung	149
IV. Die Bekenntniswahrung der Kirche und die theologischen Fakultäten	150
1. Das staatskirchenrechtliche Außenverhältnis	150
2. Die Fakultäten als »Autorität der Kirche« nach staatlichem oder kirchlichem	
Recht?	152
3. Die Fakultäten sind keine staatlichen Bekenntniskommissare und keine kirchlichen	
Bekenntniskammern	154
4. Das theologische Lehramt als Teil des ministerium verbi	155
a) Lehre als Funktion des ministerium verbi	155
b) Sein Inhalt und seine Ausübung im Staatsamt	155
c) Erfordernis und Rücknehmbarkeit kirchlicher Vokation	157
d) Keine Exemtion und Privilegierung der Universitätstheologie	157
5. Kirchliche Sonderfunktionen	158
6. Probleme der Gruppenuniversität	160
7. Das Bedürfnis nach institutionellen Verbindungen von Kirche und Theologie	162
8. Die Notwendigkeit der innerkirchlichen Lösung von Bekenntniskonflikten	165
V. Keine Verletzung der »evangelischen Lehrfreiheit« und der Wissenschafts-	
freiheit	168
1. Ihr Unterschied	168
2. Religiöse Offenheit der weltlichen Freiheitsrechte	169
3. Bezugnahme- und Garantieverhältnis ohne inhaltlichen Widerspruch	169
VI. Die Lehrordnung der Kirche und die Universitätstheologie	
im besonderen	170
1. Die Regelung der Lehrordnungen	170
a) Die Problematik	170
b) Die Anfänge des Lehrordnungsrechts	172
c) Neuere Lehrordnungen	173
d) Ihre theologische Prägung	174
e) Die Ausgestaltung als Lehrklärungsverfahren	175
f) Die Lehre, nicht das Amt als Grund und Ziel	176
g) Anwendungsfälle	178
2. Keine Anwendbarkeit der Lehrordnungen auf die Universitätstheologen	179

a) Im Bereich der EKU und der Arnoldshainer Konferenz	179
b) Im Bereich der VELKD und der Kirche Württembergs	181
3. Kein Ausschluß der kirchlichen Lehrverantwortung durch die Lehrordnungen . .	183
a) Keine Exklusivität der Lehrordnungen	183
b) Vorrang der Kirchenverfassungen	184
4. Kirchenverfassungen und Kirchenverträge als Rechtsgrundlage der Lehrverant-	
wortung	184
a) Unmittelbare Geltung der Kirchenverfassungsartikel	184
b) Die Kirchenverträge als Spezialgesetz	185
c) Keine Geltung des »Gesetzesvorbehalts«	186
5. Die Ausübung der kirchlichen Lehrverantwortung gegenüber der Universitäts-	
theologie	186
a) Keine legislatorische Vorschaltung des landeskirchlichen Lehrordnungsver-	
fahrens	186
b) Keine Geltung bzw. Ablösung des kirchlichen Disziplinarrechts	187
c) Nachteile des gerichtartigen Verfahrens. Sicherung der Unabhängigkeit? . . .	187
d) Keine juridifizierende Minderung des Konsensbildungsprozesses in Bekennt-	
nisfragen	188
e) Keine ungeistliche Verantwortungsverflüchtigung	189
f) Bemühung um das »Evangelium« statt »Gesetzlichkeit«	190
g) Ungeeignete Zusammensetzung der landeskirchlichen Spruchkollegien für	
Universitätstheologen	190
h) Variabilität des geeigneten Verfahrens	191
6. Die Rechtswirkung der Lehrbeanstandung	193
a) Nach dem kirchenvertraglichen Lehrbeanstandungsverfahren	193
b) Nach dem innerkirchlichen Lehrbeanstandungsverfahren	193
c) Möglichkeit des Auseinanderklaffens	194
d) Lehrverantwortung als Aufgabe der Kirche, nicht des Staates	194

Sechster Teil

Institutionelle Sonderfragen

I. Die Einordnung der Einzelfragen in den Gesamtstatus der theologischen	
Fakultäten	196
1. Ihre Bedeutung und Ursachen	196
2. Die ökumenischen Probleme	197
3. Unsicherheiten über die Rolle des Rechts	198
4. Die Beschränkung des Staates auf den rechtlichen Rahmen ohne staatliche Be-	
kenntnispolitik	199
5. Der innere Zusammenhang der Einzelfragen	200
II. Mitgliedschaft konfessionsfremder theologischer Lehrer in einer theologi-	
schen Fakultät?	201
1. Konfessionszugehörigkeit als Voraussetzung der Amtsübertragung im Regelfall . .	201
2. Die Verantwortung des Staates	203
a) Religiöse Neutralität	203
b) Ökumene als Angelegenheit der Kirchen	203
c) Keine ökumenische Religionspolitik des Staates im Widerspruch zur kirchli-	
chen Selbstbestimmung	204
d) Weltliche Entscheidungsgründe staatlicher Wissenschaftspflege	205
3. Die Entscheidung der katholischen Kirche	205

4. Die Entscheidungsproblematik in der evangelischen Kirche	206
a) Bindungen der Kirchenverfassungen	206
b) Keine Verkehrung von Bekenntnis und Recht	207
c) Keine Verkehrung des staatlichen und kirchlichen Rechts	208
d) Friktionsmöglichkeiten in Fakultät und Kirche	208
e) Probleme im Verhältnis zu anderen Landeskirchen	209
f) Auswirkungen auf die katholische Kirche und das ökumenische Gespräch	210
g) Säkularisierende Folgewirkungen in der staatlichen Gerichtspraxis	210
h) Begrenzte Vergleichbarkeit ausländischer Fakultätsstrukturen	211
III. Konfessionslose Dozenten der Theologie?	212
IV. Die Befriedigung interkonfessioneller Lehrbedürfnisse	213
1. Theologische Begegnung, keine rechtliche Fusion bzw. Integration	213
2. Kooperation ohne Auflösung des theologischen Profils	214
3. Theologische Lehrstühle außerhalb der theologischen Fakultäten	215
V. Besonderheiten der akademischen Selbstverwaltung und des Satzungsrechts der theologischen Fakultäten	216
1. Die allgemeinen Rechtsgrundlagen und die besonderen religiösen Funktionen	216
2. Widerspruch zu höherrangigem Recht?	217
3. Die Verfassungsmäßigkeit bekenntnisbestimmten Satzungsrechts	218
4. Die religiöse Verweisungsfunktion der weltlichen Rahmennormen im theologischen Fakultäts-Satzungsrecht	218
5. Keine »Staatskirchen«-Strukturen	219
VI. Die Mitwirkung der Kirchen bei akademischen Studien- und Prüfungsordnungen	220
1. Die Doppelaufgabe der Fakultäten	220
2. Zustimmungsrechte nach den Hochschulgesetzen	220
3. Berücksichtigungsregeln der Konkordate	221
4. Abgrenzungsfragen	222
a) Staatskirchenrechtliche Geltung der kirchlichen Vorschriften	222
b) Ihre Beschränkung auf Studien- und Prüfungsfragen	223
c) Angleichungsprobleme	224
d) Kooperationspflichten und Aufsichtsfragen	225
5. Evangelische Kirchenverträge	226
6. Die Maßstabsfrage	227
a) Die Beschränkung des kirchlichen Mitwirkungsrechts auf die geistlichen Fragen	227
b) Die staatliche Verantwortung für die Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit	228
c) Gesetzliche Maßstabsklauseln	228
d) Geltung der Maßstabsregelung für alle kirchlichen Mitwirkungsformen und alle theologischen Prüfungsordnungen	229
e) Rechtspolitisches Interesse an der Einführung von Maßstabsregelungen und kirchlichen Mitwirkungsrechten	230

Siebter Teil

Die theologischen Prüfungen und Grade

I. Die äußere Vielgestaltigkeit des theologischen Prüfungswesens	232
1. Die Vielfalt der Prüfungsordnungen	232

2. Die strikte Trennung des evangelischen und des katholischen Prüfungswesens . . .	232
3. Ihre Regelungsunterschiede und Unstimmigkeiten	234
4. Ihre verfassungskonforme Interpretation und Lückenschließung	235
5. Ihre Verschiedenheit in der theologischen bzw. bekenntnismäßigen Ausgestaltung	236
6. Das theologische Eigenprofil in der interdisziplinären Kooperation	237
7. Seine verwaltungsrechtliche und verwaltungsgerichtliche Respektierung	238
8. Weltliche Rechtsbegriffe ohne Säkularisierungszwang	239
II. Die innere Einheit des theologischen Prüfungswesens	241
1. Aus der Bezeichnung	242
2. Aus dem Prüfungsziel	242
3. Aus den Prüfungsvoraussetzungen	242
4. Aus den Prüfungsfächern	243
5. Aus den Prüfungsleistungen und Bewertungsmaßstäben	243
6. Aus dem Prüfungskollegium	243
7. Aus der Bekenntnisverpflichtung bei der Promotion	245
8. Aus den institutionellen Verzahnungen der kirchlichen und akademischen Prüfungen	246
III. Theologische Qualifikation der Prüfer	248
1. Übereinstimmung des Hochschulrechts und Staatskirchenrechts	248
2. Hochschulrechtliche Gewährleistungen und Grenzen	249
a) Äußere Zuständigkeitsregelungen	249
b) Wissenschaftsbedingte Autonomiegrenzen	250
c) Die Beschränkung theologischer Promotionen und Habilitationen auf die theologischen Fakultäten	252
d) Keine theologische Graduierung durch fremde Fakultäten	253
e) Keine theologische Graduierung durch singuläre theologische Lehrstühle	256
f) Keine theologische Graduierung durch nichttheologische Fakultäten mit integrierten theologischen Einzellehrstühlen	258
g) Theologische Habilitationen nur für begrenzte Teildisziplinen der Theologie	260
h) Geltung auch für die Gesamthochschulen?	261
3. Staatskirchenrechtliche Gewährleistungen und Grenzen	262
a) Aus der Statusgarantie der Theologenfakultäten	262
b) Aus der kirchlichen Mitwirkung bei der Berufung theologischer Lehrer	264
c) Aus der Doppelfunktion der Theologenfakultäten	265
d) Aus der Notwendigkeit der kirchlichen Autorisation	266
e) Zurückhaltungspflicht fremder Wissenschaftler in theologischen Fragen	266
f) Unanwendbarkeit auf kircheneigene Prüfungen	268

Achter Teil

Konfessionszugehörigkeit als Prüfungsvoraussetzung

I. Allgemeines	270
1. Die neue Lage	270
2. Die Einbeziehung in die systematische und teleologische Gesamtbetrachtung	272
3. Die Regel: Zugehörigkeit zur Konfession der Fakultät	272
4. Die Ausnahme: Zulassung konfessionsfremder Theologen	273

II. Sonderregelungen evangelisch-theologischer Fakultäten	275
1. Die Ausnahmeregelung als ökumenische Brücken-, Ersatz- und Nothilfsfunktion	275
a) Die ökumenische Brückenfunktion	275
b) Die ökumenische Ersatzfunktion	277
c) Die ökumenische Notfunktion	278
2. Die Ausgestaltung der Ausnahmeregelung	279
a) Im Sinn der Rechtsstaatlichkeit	279
b) Beurteilungsspielraum der Fakultät	279
c) Sicherung des Konsenses	279
d) Zulassungsvoraussetzung, nicht nur Verfahrensregelung	280
3. Der Ausschluß von Konfessionslosen, insbesondere »Atheisten«	280
4. Zulassung von Katholiken?	282
a) Keine Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat	282
b) Keine Ausnahme-Gewährung	283
c) Schranken der Fakultätskompetenz	283
d) Ökumene-Rücksichten?	284
e) Theologische Gegensätze als Prüfungshindernis	285
5. Die Bedeutung der Promotionen und Habilitationen für die evangelische Kirche	286
6. Die Notwendigkeit des Ausschlusses wegen der Folgewirkungen	288
III. Sonderprobleme der katholisch-theologischen Fakultäten	290
1. Unbeschränkte Öffnung?	290
2. Der katholische Charakter des theologischen Prüfungswesens	291
3. Das Bedürfnis nach Klärung und Unterscheidung	293
4. Das Regel- und Ausnahmeverhältnis	294
5. Die rechtsstaatliche Ausgestaltung	296
6. Das Zustimmungsrecht des Bischofs	298
a) Die Ausgestaltung	298
b) Die Begrenzung im staatlichen Rechtskreis	300
c) Begrenzung im kirchlichen Rechtskreis?	301
d) Folgerungen für den Verwaltungsvollzug	303
IV. Die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit des Ausschlusses konfessionsfremder und -loser Kandidaten	303
1. Keine Verletzung von Art. 3 I, III GG	303
a) Der Grundsatz	303
b) Fehldeutungen	305
c) Grundrechtskollisionen	307
2. Keine Verletzung des Art. 4 GG	309
3. Keine Verletzung des Art. 5 III GG	309
4. Keine Verletzung des Art. 12 GG	311
5. Keine Verletzung der Universitätsgesetze	312
V. Sonderfragen	313
1. Die Diskrepanz zwischen Studiums- und Prüfungszulassung	313
2. Vorbeugender Ausschluß vom Studium?	315
3. Zur Entziehung des theologischen Doktorgrades	316
a) Säkulare Normierung ohne theologischen Aspekt	316
b) Verzicht auf normative Berücksichtigung der geistlichen Momente	317
c) Der Unterschied zwischen Verleihung und Entziehung	318
d) Die Rechtsfolgen	318
e) Kein Argument gegen den theologischen Charakter der Theologie	320

Neunter Teil

Die Errichtung theologischer Einrichtungen durch den Staat

I. Die neue Problemstellung	322
1. Verkehrte Fronten?	322
2. Ausdehnung der Religionspädagogik und Religionswissenschaft in die Theologie?	323
3. Theologische Funktionen außerhalb der theologischen Fakultäten?	324
4. Kirchliche Widerstände	325
II. Die staatliche Organisationsgewalt im Bereich der Theologie	326
1. Theologie als staatliche Aufgabe	326
2. Theologische Fakultäten als staatliche Einrichtung	327
III. Grenzen der staatlichen Organisations- und Regelungshoheit aus Artt. 137 WRV/140 GG	328
1. Theologische Selbstbestimmung der Kirchen. Maßstabsabgrenzung	328
2. Die staatliche Kulturkompetenz	329
3. Achtung der kirchlichen Lehre	330
4. Mitwirkungspflicht der Kirche?	331
IV. Die rechtlichen Konsequenzen	332
1. Bezogenheit des nihil obstat bzw. Begutachtungsrechts auf die jeweilige Amtsfunktion in der Fakultätsgesamtheit	332
2. Angebot, nicht Aufnötigung der Theologenausbildung	334
3. Notwendigkeit kirchlichen Einverständnisses bei der Fakultätserrichtung?	335
4. Staatliche Grade der Theologie ohne Einverständnis der Kirche?	337
a) Die inhaltliche Qualifikation der theologischen Grade i.S. der christlichen Konfessionen	337
b) Die Ausformung der theologischen Grade durch die Kirchen	338
c) Zur Notwendigkeit der Koordinierung	339
d) System- und sachgerechte Kompetenzausübung	340
5. Das argumentum a maiore: Erübrigung einer Theologenfakultät?	341
6. Ausstattungsfragen	342
V. Erforderlichkeit kirchlichen Einverständnisses kraft Kirchenvertrages?	344
1. Die Kirchenverträge kein Rechtsgrund für die allgemeine Geltung des Koordinationsprinzips	344
2. Keine Kirchenvertragsregelung zur Errichtung theologischer Einheiten	345
3. Einverständnisse als systemgemäße Lösung	346

Zehnter Teil

Zum Status der kirchlichen Hochschulen

I. Das Gefüge staatlicher und kirchlicher Ordnungselemente	349
1. Entsprechungen	349
2. Verbindungen statt Trennung	350
3. Verschiedenheit der Verbindungen alten und neuen Stils	351
4. Die Reaktion der Religionsgesellschaften	351
5. Verbund der Rechtsgrundlagen	352

II. Umfang und innere Ausrichtung des kirchlichen Hochschulwesens	352
1. Bestand und Bedeutung der kirchlichen Hochschulen	352
2. Äußerer Dualismus – innere Homogenität	354
3. Zur Gründung und Beibehaltung der evangelischen kirchlichen Hochschulen	355
4. Das Verhältnis zu den theologischen Fakultäten	358
III. Rechtsstrukturen der kirchlichen Hochschulen	359
1. Rechtsform und Rechtsträgerschaft	359
2. Die innere Struktur	361
3. Die Verbindung mit den Kirchen	363
IV. Die Freiheit der Kirche zur Hochschulgründung	364
1. Die kirchliche Selbstbestimmungsgarantie	364
2. Die Reichweite der kirchlichen Hochschulfreiheit	366
3. Ausgestaltung und Grenzen der kirchlichen Hochschulfreiheit nach Artt. 137 III WRV/140 GG	367
4. Kirchenvertragliche Gewährleistungen	368
5. Kirchenvertragliche Beschränkungen	369
V. Die staatliche Kulturverantwortung hinsichtlich der kirchlichen Hochschulen	374
1. Die Aufhebung des staatlichen Hochschulmonopols	375
2. Die Einbeziehung nichtstaatlicher Hochschulen in das öffentliche Bildungswesen	376
VI. Der Sonderstatus der Kirchen im Recht der nichtstaatlichen Hochschulen	379
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	379
2. Exemtionen	379
3. Die Maßstabsregelung	380
4. Formen und Grenzen des Sonderstatus der kirchlichen Hochschulen	383
Literaturverzeichnis	386
Sachregister	405

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
AAS	Acta Apostolica Sedis
ABl	Amtsblatt
AkAbschlPrO	Ordnung der Akademischen Abschlußprüfung
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
BayVGHE	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs
BGBI	Bundesgesetzblatt
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CIC	Codex Iuris Canonici
DiplPrO	Diplomprüfungsordnung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKU	Evangelische Kirche der Union
ErstTheolDienstPrO	Ordnung über die erste Evang.-theol. Dienstprüfung
ErstTheolExO	Prüfungsordnung für das Erste Theologische Examen
FachbPrO	Ordnung der Fachbereichsprüfung
FachHSchG	Fachhochschulgesetz
FakExO	Prüfungsordnung für das Fakultätsexamen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GBI	Gesetzblatt
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GrundO	Grundordnung
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
HabilO	Habilitationsordnung
HdbStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdbWissR	Handbuch des Wissenschaftsrechts
h.M.	herrschende Meinung
HRG	Hochschulrahmengesetz
HSchG	Hochschulgesetz
JZ	Juristenzeitung
KABl	Kirchliches Amtsblatt
KabO	Kabinettsordre
KGBI	Kirchliches Gesetzblatt
KGuVBl	Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

KiGes	Kirchengesetz
KiHo	Kirchliche Hochschule
KO	Kirchenordnung
Konk	Konkordat
KV	Kirchenvertrag
LehrbeanstO	Lehrbeanstandungsordnung
LehrO	Lehrordnung
LehrzuchtO	Lehrzuchtordnung
LizO	Lizentiatsordnung
Liz/PromO	Lizentiats- und Promotionsordnung
LV	Landesverfassung
MagPrO	Ordnung für die Magisterprüfung
MBI	Ministerialblatt
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PromO	Promotionsordnung
PrüfungsO	Prüfungsordnung
Sap. Chr.	Constitutio Apostolica »Sapientia Christiana«
TheolAbschlExO	Ordnung für das Theologische Abschlußexamen
TheolAufnPrO	Prüfungsordnung für die Theologische Aufnahmeprüfung
TheolHauptPrO	Ordnung der Theologischen Hauptprüfung
UG	Universitätsgesetz
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
Verf	Verfassung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VorlO	Vorläufige Ordnung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WissHSchG	Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen
WissR	Wissenschaftsrecht, Wissenschaftsverwaltung, Wissenschaftsförderung (Zeitschrift)
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZRGKan.Abt.	Zeitschrift d. Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Erster Teil

Problematik und Entwicklung

I. Die Koinzidenz der kulturstaatlichen und staatskirchenrechtlichen Probleme

Die »Wege zum Rechtsstaat«¹ führen durch die konkreten Gefilde des Verwaltungsrechts. In ihnen wird die Probe darauf abgelegt, was die großen Allgemeinprinzipien der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, wie sie die Verfassungstheorie und Verfassungsrechtsdogmatik als Richtmaß entwickeln, wirklich bedeuten und bewirken. Die Zucht des Konkreten lehrt das Maß der Dinge und führt in die Tiefe des Prinzips. Sie schärft den Blick für das Verstehen der Vergangenheit wie der Gegenwartsentwicklung des Rechts. Der Status der theologischen Fakultäten im freiheitlich-demokratischen Staat bietet hierfür ein reizvolles Exempel – steht er doch im Schnittpunkt von Wissenschaft, Staat, Kirche und Gesellschaft, von Geist, Glaube, Recht und Macht. Die heiklen Fragen der modernen Kulturstaatlichkeit zeigen sich hier in dem sensiblen Koordinaten-Zusammenhang der Freiheit des Kulturellen vom Staat und zugleich seiner rechtlichen Gewährleistung, Ordnung und Förderung durch den Staat. Und dieses Widerspiel wird überlagert durch das spannungsreiche Verhältnis von Staat und Kirche, ja überhaupt von Glaube und Recht: Was bedeutet und erfordert hier die »Trennung von Kirche und Staat«, die Garantie der Religionsfreiheit und der Eigenständigkeit der Religionsgesellschaften? Was heißt und verlangt die Weltlichkeit bzw. Säkularisierung des modernen Staates, seine weltanschauliche und religiöse (speziell konfessionelle) Neutralität, was das Prinzip des »Pluralismus« und der religionsrechtlichen Parität? Das Kernproblem lautet: Wie ist im staatlichen Recht das Verhältnis der Freiheit der Wissenschaft zur Freiheit der Religion und der Religionsgemeinschaften zu

¹ Diesem Thema hat *Otto Bachof* seine Lebensarbeit gewidmet, die er mit einer kirchenrechtlichen Dissertation über Die parochiale Rechtsstellung der großen Anstalten in den deutschen evangelischen Kirchen, Berlin 1939, bei Erik Wolf begann. Vgl. *ders.*, *Wege zum Rechtsstaat*. Ausgewählte Studien zum öffentlichen Recht, Königstein/Ts. 1979.

bestimmen? Wie lassen sich die Spannungen zwischen ihnen zum Ausgleich bringen? Und wie sind insbesondere jene Spannungen zu lösen, die sich innerhalb der Wissenschaftsfreiheit und ebenso der Religionsfreiheit aus dem Aufeinandertreffen verschiedener Wissenschaftsrichtungen und verschiedener Glaubenspositionen in den staatlichen Einrichtungen ergeben? Die Verfassungsgarantien entfalten hier eine durchaus ambivalente Wirkung – stehen sie doch den verschiedensten Richtungen, Gruppen, Individuen offen. Deren Antagonismus aber folgt notwendig aus dem komplexen geistigen Befund der Moderne auf dem Felde der Wissenschaften, der Weltanschauung, der Religion; er kann durch das Recht – wenn es umfassend und unvoreingenommen Freiheit gewährleisten will – nicht beseitigt und überwunden, sondern nur äußerlich entzerrt werden. Betreibt der Staat in der »heillos« zersplitterten religiösen und geistigen Lage unserer Zeit die theologischen Wissenschaften in eigener Regie, so wird er nur eine äußere rechtliche Ausgleichslösung finden können, die den vielseitig dissentierenden Stimmen umsichtig und vorsichtig Freiheit und Schutz vor Verfälschung gewährt. Mehr als ein differenzierter Kompromiß kann nicht erwartet werden, wenn der Status der theologischen Fakultäten rechtsstaatlich in Freiheitlichkeit und Offenheit geordnet werden soll und sich die monolithische ideologische bzw. religiöse Einheitslösung verbietet.

II. Äußere Kontinuität und innere Divergenzen des Rechts im kultur- und kirchenpolitischen Spannungsfeld

1. Ältere Bestandsgarantien der theologischen Fakultäten

Wenn man die einschlägige Diskussion überblickt, ist eine gewisse Beruhigung in den Grundpositionen nicht zu verkennen: Die Existenz der theologischen Fakultäten an der staatlichen Universität ist in breitem Konsens anerkannt, desgleichen auch ihre besondere geistige-geistliche Prägung, die insbesondere aus ihrer Aufgabe der Geistlichenausbildung und der dadurch bedingten Nähe zu den Kirchen folgt. Nur ganz vereinzelte Außenseiterstimmen² bestreiten schlechthin ihre verfassungsrechtliche Zulässigkeit. Auch die verfassungspolitischen Angriffe³ auf sie scheinen derzeit abgeschlagen bzw. chancenlos. Die theologischen Fakultäten haben den Schritt aus dem Bismarck-Reich in

² Etwa *Erwin Fischer*, *Trennung von Staat und Kirche*, 2. A., Frankfurt/Berlin 1971 S. 289 ff.; *Joachim Kahl*, *Das Elend des Christentums*, Reinbek b. Hamburg 1968 S. 125 ff.

³ Vgl. die Forderung der Bundesdelegiertenkonferenz der Deutschen Jungdemokraten vom Januar 1973 Ziff. II 4 (abgedr. in: *P. Rath*, *Trennung von Staat und Kirche?* Reinbek 1974 S. 11 ff.), die im »Kirchenpapier« der F.D.P. »Freie Kirche im Freien Staat« vom Jahre 1974 nicht aufgenommen wurde. Vgl. *G. Verheugen*, *Das Programm der Liberalen*, 2. A. 1980 S. 198 ff.

die Weimarer und Bonner Republik – und d. h. aus dem christlichen Selbstverständnis der konstitutionellen Monarchie⁴ in die weltanschaulich ungebundene, pluralistisch-freiheitliche Demokratie – erstaunlich unbeschädigt überstanden. Desgleichen sind sie in ihrem Grundbestand unversehrt durch die kulturpolitischen (z. T. kulturevolutionär verstandenen) Unruhen und Experimente seit den späten Sechziger Jahren hindurchgegangen. Die Garantiebestimmungen der Landesverfassungen⁵ und der Kirchenverträge⁶ für die theologischen Fakultäten blieben in Geltung und wurden in den Vorbehaltsklauseln der Hochschulgesetze⁷ weiterhin mit Vorrang stabilisiert. Auch die verfassungsgerichtliche Judikatur hat hier bisher keine wesentlichen Veränderungen gefordert, geschweige denn ausgelöst; insbesondere das Bundesverfassungsgericht hat sich nicht in einer einschlägigen Grundsatzentscheidung geäußert.

Dennoch ist die Materie in Bewegung geraten, und zwar einerseits von den Einzelheiten, andererseits vom Grundsätzlichen her:

2. Die Durchnormierung des »weltlichen« Hochschulrechts

Die breite Welle der Durchnormierung aller Gebiete des öffentlichen Rechts hat seit den Sechziger Jahren auch die Hochschulen erreicht und sie mit den Hochschulgesetzen der Länder und dem Hochschulrahmengesetz des Bundes überdeckt. Sie hat die Verrechtlichung vieler bisher nicht explizit geregelter Beziehungen in den – vormals so titulierten – »Besonderen Gewaltverhältnissen« auch der Hochschulen bewirkt. Als Folge des verfassungsrechtlichen

⁴ Vgl. Art. 14 der preußischen Verfassung vom 31. 1. 1850: »Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsausübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt.« Zur Vorgeschichte *Gerhard Anschütz*, Die Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat. Ein Kommentar, 1. Bd. Berlin 1912 S. 260 ff.

⁵ Art. 85 Bad.-Württ.Verf, Art. 150 Abs. 2 Bay.Verf, Art. 60 Abs. 2 Hess.Verf; Art. 39 Abs. 1 S. 3 Rhld.-Pfälz.Verf; ferner die Vertragsklauseln in Art. 23 Abs. 1 Nordrh.-Westf.Verf und Art. 35 Abs. 1 S. 3 Saarl.Verf.

⁶ Vgl. Art. 3 Bay.Konk v. 1924; Art. 12 Abs. 1 Preuß.Konk v. 1929; Art. IX S. 1 Bad.Konk v. 1932; Art. 19 Reichskonk v. 1933; auch die Verträge Bayerns über die kath.-theol. Fakultäten Regensburg v. 3. 11. 60 und Augsburg v. 12. 11. 70, *Werner Weber*, Die deutschen Konkordate und Kirchenverträge Bd. 1, Göttingen 1962 S. 22, 41, 75, 107, Bd. 2, Göttingen 1971 S. 25, 41. – Art. 2 Bay.Kirchenvertrag; Art. 11 Preuß.KV, Art. VII Bad.KV, Art. 3 Abs. 1 Nieders.KV; Art. 4 Schl.-Holst.KV; Art. 13 Abs. 1 Hess.KV; Art. 14 Rhld.-Pfälz.KV, *W. Weber*, aaO, Bd. 1 S. 152, 171, 192, 213, 235, 276; Bd. 2 S. 199.

⁷ § 81 Hochschulrahmenges (HRG) des Bundes v. 26. 1. 1976 (BGBl I S. 185); § 140 Bad.-Württ.UG v. 22. 11. 1977 (GBl S. 473) i. d. F. v. 4. 6. 1982 (GBl S. 177); § 103 Bay.HSchG i. d. F. v. 7. 11. 1978 (GBl S. 791); § 165 Berlin.HSchG v. 22. 12. 1978 (GBl S. 2449); § 84 Hess.HSchG v. 6. 6. 1978 (GVBl I S. 319); § 163 Nieders.HSchG v. 1. 6. 78 (GVBl S. 473); § 142 Abs. 1 Nordrh.-Westf.WissHSchG v. 20. 11. 1979 (GVBl S. 929); § 125 Rhld.-Pfälz.HSchG v. 21. 6. 1978 (GVBl S. 507); § 118 Schl.-Holst.HSchG v. 1. 3. 1979 (GVBl S. 123).

Rechtsstaatsprinzips und der verwaltungsgerichtlichen Generalklausel, des gesteigerten Anspruchsdenkens, der Überfüllung der Hochschulen und der bildungspolitischen Reformprogramme und Verteilungskämpfe kann dies nicht verwundern. Diese ins Detail gehende Verrechtlichung des allgemeinen Hochschulrechts betraf die allgemeinen (»weltlichen«) Beziehungen der Lehrkörperstruktur, des Status der Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, der detaillierten Kompetenz- und Verfahrensnormen universitärer Gremien. All dies ergriff natürlich auch die theologischen Fakultäten. Speziell für sie entstanden dadurch jedoch gewisse Sonderprobleme:

Ihre besondere religiöse Sachgesetzlichkeit, wie sie vor allem die konfessionelle Ausrichtung und Bedingtheit, das kirchliche Ausbildungsziel und die institutionelle Verbindung zu den eigenen Kirchen betraf, war vorher ja nicht spezialgesetzlich und nicht durch spezielle Satzungen ausnormiert worden, weil sie als selbstverständlich und unproblematisch der Regelung nicht bedurften bzw. als gewohnheitsrechtlich geregelt gelten durften. So schien es im Ganzen gesehen beispielsweise klar, daß nur Angehörige der betreffenden Konfession und Kirche an »ihrer« theologischen Fakultät lehren, promovieren, sich habilitieren würden und könnten. Auch die Mantel- und Schutznormen der Weimarer Reichsverfassung⁸ und Landesverfassungen⁵, Konkordate und Kirchenverträge⁶ hinsichtlich der theologischen Fakultäten waren auf diesen überkommenen Typ des Rechts der Fakultäten abgestellt und selbst entsprechend allgemein gehalten: Sie beschränkten sich auf Bestandsgarantien und gewisse einzelne Regelungen kirchlicher Mitwirkungsrechte, besonders der katholischen Kirche, bei der manche Einzelfragen (vornehmlich seit dem Kulturkampf) eine ausdrückliche Regelung erfordert hatten. Sie gaben jedoch keineswegs eine erschöpfende Gesamt- und Spezialregelung aller einschlägigen rechtlichen Fragen: Auch hierbei wurde eben das selbstverständliche Funktionieren der Geistlichenausbildung, die Vitalität des konfessionellen Selbstverständnisses der Fakultäten und ihre entsprechende Selbstbegrenzung vorausgesetzt. So war der Gesamtstatus der theologischen Fakultät als lebendige Einheit von den Verfassungsgarantien und von den Verträgen in einer gewissen Allgemeinheit der rechtlichen Formulierung vorgefunden, normativ rezipiert und gewährleistet worden.

Und ihr spezifisch religionsrechtlicher Komplex blieb weiterhin in diesem älteren, weitmaschig-generellen Typ des Rechts geregelt, als nun die sonstigen (»weltlichen«) Rechtsverhältnisse durch jene neuen Spezialbestimmungen

⁸ Art. 149 Abs. 3 WRV v. 11. 8. 1919. – Zum Auslegungstreit der Weimarer Lehre über den Sinn des Artikels als bloße Ermächtigungsnorm oder als Garantienorm i. S. einer Status-quo-Garantie oder einer »institutionellen Garantie« vgl. *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6, Stuttgart u. a. 1981 S. 985.

durchnormiert wurden. Denn die neuen Hochschulgesetze haben die spezifisch religionsrechtlichen Beziehungen nicht selbst neu kodifiziert, sondern ausgeklammert: Die Fortgeltung der Kirchenverträge in den Übergangsbestimmungen wurde speziell ausbedungen⁷, der Vorrang der Verfassungsgarantien aber fraglos vorausgesetzt.

Das Zusammentreffen dieser verschiedenen Rechtstypen hat für die Rechtsauslegung manche Schwierigkeiten aufgeworfen: Die spezifisch theologischen Konturen der theologischen Fakultäten drohen in der Praxis der Hochschulverwaltungen und der Gerichte zu verblassen gegenüber der detaillierten Perfektion des neuen allgemeinen Hochschulrechts. So werden die theologischen Fakultäten leicht unterschiedslos in den allgemeinen Universitätsbetrieb vereinnahmt und durchweg den anderen Fakultäten gleichgestellt bzw. gleichgeschaltet. Diese Nivellierung und Ignorierung der theologischen Besonderheiten liegt eben nahe, wo eine stark spezialgesetzlich-positivistisch ausgerichtete Gesetzesauslegung in den theologischen Sonderfragen auf die älteren, generell formulierten Normen und Rechtsprinzipien trifft. Denn diese lassen sich nicht mit den kurzen gesetzestechnischen Subsumtions- und Analogieschlüssen erfassen, sondern erschließen sich nur durch die institutionelle »Gesamtbetrachtung« der betreffenden Institutionen und Funktionen im Rahmen des Verfassungsgefüges von Wissenschaft, Staat und Kirche.

3. Einseitigkeit der Grundrechtsinterpretation

In Bewegung gerät das theologische Fakultätenrecht aber andererseits auch vom Grundsätzlichen her: Mit jener spezialgesetzlichen Verrechtlichung korrespondiert die zunehmende Aktualisierung von Grundrechten⁹, die nun auch im Hochschulbereich die Judikatur wie die Lehre wachsend bestimmt. Auch hier zeigt sich oft die Gefahr der Einseitigkeit und der Vernachlässigung der komplexen Zusammenhänge, besonders wenn berechnete Teilaspekte isoliert und okkasionell verallgemeinert werden. So führt es in die Irre, etwa jeweils die individualrechtliche oder die institutionelle Seite zu verabsolutieren bzw. zu ignorieren. Das freiheitliche demokratische Verfassungsrecht schützt und fördert in breiter Unvoreingenommenheit die Koexistenz und Konkurrenz der verschiedenen großen und kleinen, individuellen und überindividuellen, geistigen und religiösen Positionen und Phänomene. Aus dem Nachbarfeld der verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen um die Schulformen und das

⁹ Pointiert: *Karl August Bettermann*, Hypertrophie der Grundrechte, Sonderdruck des Hamburger Anwaltsvereins 1984 S. 3 ff.; *Ernst Friesenbahn*, Der Wandel des Grundrechtsverständnisses, Verhandlungen des 50. Deutschen Juristentages 1974, München 1974 S. (G) 1 ff., 10 ff., 13, 26, 29 ff., 33.

Schulgebet ist deutlich geworden, daß die verkürzte, einseitige Berufung auf die »negative« oder auf die »positive« Variante der Religionsfreiheit, auf Einzelaspekte der »Trennung« oder der »Partnerschaft« zwischen Staat und Kirche, auf Teilmomente der staatlichen Neutralität und Säkularisierung zu inhaltlichen Fehlschlüssen führt¹⁰. Auch wird durch derartige Interpretationen die Kompetenz der demokratischen Gesetzgebungsorgane und der zuständigen Satzungsgeber ebenso bestritten wie die umfassend gewährleistete freiheitliche Rechtsstaatlichkeit. – Diese rechtlichen Veränderungen erhalten zusätzliches Gewicht durch gewisse »faktische« Entwicklungen, die sich ihrer als juristischen Transmissionsriemens zu bedienen suchen:

4. Kulturpolitische Spannungen

Die wachsende kulturpolitische und kirchenpolitische Dynamik der vergangenen anderthalb Jahrzehnte hat sich als weiterer Bewegungsfaktor auf die theologischen Fakultäten gerichtet. Die typische Zwischenposition der theologischen Staatsfakultäten zwischen Staat und Kirche mochte dies provozieren, ja die rechtliche Ungreifbarkeit und Unangreifbarkeit der spezifisch religiösen Freiheiten im säkularen Staat schienen dazu förmlich einzuladen. Das hat gelegentlich zu eigenartigen Frontverkehrungen und Einzelkämpferpositionen geführt. Die Personalpolitik und der Entscheidungsmechanismus der Gruppenuniversität boten den ideologischen Minoritäten vielfältige Chancen zur Veränderung und kaschierten Privilegierung. In den künstlich geschürten Universitätskonflikten ließ dies die politische Spitze mancher Ministerien bisweilen mit der »Basis« zusammenwirken, um die überkommenen theologischen Konturen der Fakultäten in Gefahr zu bringen. Weitergehende kulturpolitische Erwägungen, die das Ende der konfessionell gebundenen theologischen Fakultäten durch ihre allmähliche Verwandlung in Einheiten der Gesellschafts- und Religionswissenschaften – entsprechend dem »Bedürfnis der Gesellschaft« – vorsahen, wurden jedoch durch die Einfügung der Kirchenvertragsklausel in das Hochschulrahmengesetz gestoppt¹¹. Dies konnte freilich nach Lage der Dinge nur in jener nicht unproblematischen Allgemeinheit geschehen.

¹⁰ Statt anderer *Ulrich Scheuner*, Schriften zum Staatskirchenrecht, Berlin 1973 S.208 ff., 227, 279 ff., 289 und die Schulrechtsentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts BVerfGE 41 S. 29 ff., 65 ff., 88 ff.

¹¹ Vgl. § 81 HRG. – Diese Einfügung des Kirchenvertragsvorbehaltes in das Hochschulrahmengesetz des Bundes geht auf die Initiative der Evangelischen Kirche in Deutschland zurück, die insbesondere von einer EKD-Kommission evangelischer Staatskirchenrechtler und Theologen unter dem Vorsitz von Bischof D. Hermann Kunst erarbeitet wurde. Unter anderem wurden auch bei einer Verhandlung dieser Kommission mit der damaligen politischen Führung des Bonner Wissenschaftsministeriums am 1. 11. 1971 in Gegenwart des Verfassers kulturpolitische Überle-

5. Kirchenpolitische Instrumentalisierungsversuche

Auch eine andere Frontverkehrung fällt in den Blick: Von manchen kirchlichen Gliedern bzw. Gruppen wird versucht, über die staatlichen theologischen Fakultäten den Durchbruch innerkirchlicher Veränderungen (»Reformen«) zu bewirken, die im innerkirchlichen Willensbildungsprozeß auf Ablehnung stoßen. Diese Tendenzen erscheinen neu in diesen Jahren; sie haben jedoch ihre bedeutsamen Vorläufer in den kulturpolitischen und staatskirchenrechtlichen Debatten des 19. Jahrhunderts¹². Doch schon die Paulskirchenverfassung – und ebenso die Weimarer Reichsverfassung und das Grundgesetz – haben sich bewußt und generell vom System des Staatseingriffs in die innerkirchliche Entwicklung abgekehrt. Die Kirche erhielt bekanntlich seither die volle, weltlich garantierte Freiheit zur geistlichen Selbstbestimmung im säkularen, liberalen Staat. Auch das theologische Fakultätenrecht darf keineswegs als staatlicher Hebel gebraucht werden, um einer von der Kirche selbst abgelehnten Position ihres Glaubensverständnisses durch staatliche Interventionen doch innerkirchliche Geltung zu verschaffen. Gerade hier wird eine Wandlung der (»faktischen«) Denk- und Verhaltensweisen rechtlich relevant. Ein Theologe, der sich von den Grundlagen der Lehre und des Ethos seiner Kirche löste, schied früher fast immer schließlich auch aus eigenem Entschluß aus seiner bisherigen Fakultät, gegebenenfalls auch aus seiner Kirche aus, um in der philosophischen Fakultät oder in der theologischen Fakultät der anderen Konfession seine neue Heimat zu finden, wenn er sich nicht schlicht emeritieren ließ. Heute hingegen ist die Verlockung zur »Umfunktionierung« gewachsen: Sie sucht aus einer (vermeintlich) sicheren säkularen staatlichen Position heraus die kirchlichen Verhältnisse umzugestalten und sich dabei über die theologischen Statusbindungen des theologischen Lehramtes an der Universität hinwegzusetzen, ohne die betreffenden Institutionen äußerlich zu verlassen. Die Verfassungs- und Vertragsgarantien der theologischen Fakultäten sollen dabei als Hülse bestehen bleiben bzw. sich nach den Maßstäben und Bedürfnissen ihres neuen Interpreten mit einer veränderten Bestimmung und Funktion erfüllen.

6. Ökumenische Fragen und kirchliche Veränderungen

Die ökumenische Bewegung hat ferner die alte Scheidung der evangelischen und katholischen Theologie und Theologenfakultäten prinzipiell in Frage ge-

—
gungen dazu verlaublich, ob die theologischen Lehrstühle nicht für die dringender benötigten sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu verwenden seien.

¹² Nachweise bei *Martin Heckel*, Säkularisierung. Staatskirchenrechtliche Aspekte einer umstrittenen Kategorie, *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (ZRG)* 97, Kanonistische Abteilung 66, 1980 S. 77 ff., 85, 89.

stellt¹³ und die rechtlichen Möglichkeiten neuer Verbindungen, ja Verschmelzungen zwischen ihnen pragmatisch provoziert.

Überdies haben die großen Umbrüche im innerkirchlichen Bereich, wie sie sich in der evangelischen Kirche seit dem Kirchenkampf und dem Neubeginn nach 1945 vollzogen und in der katholischen Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil einsetzten und zum Erlaß des neuen Kodex von 1983 führten, ein neues Besinnen über die Rolle des weltlichen und kirchlichen Rechts in Fragen der Lehre und Lehrbindung entstehen lassen.

7. Säkularisierung des Geisteslebens

Und schließlich zeigt sich heute gerade auch im Recht der theologischen Fakultäten jener Trend der allgemeinen Säkularisierung des Geisteslebens, der die Besonderheiten der theologischen Fakultäten von innen aufzulösen droht. Die Theologie, die sich als Wissenschaft vom Worte Gottes versteht, wird dabei im Grunde als Religionspsychologie und Religionssoziologie, bestenfalls als Religionsphilosophie begriffen und geordnet, die nicht von Gott, sondern vom Menschen handelt, nicht Gottes Schöpfungs- und Erlösungshandeln, nicht sein Gesetz und Evangelium zu erforschen und zu lehren hat, sondern die menschliche Selbstprojektion und Selbstverwirklichung im Geistes- und Sozialleben betrifft. Wird so die Theologie innerlich den anderen Geistes- und Sozialwissenschaften gleichgestellt, so droht auch in der äußeren Rechtsgestalt ihre Eigenart und Besonderheit eliminiert bzw. minimalisiert zu werden. Ihr Wirken für die kirchliche Verkündigung und Geistlichenausbildung verliert dann seinen Rang als eine ihrer Zentralaufgaben und erscheint als periphere, fragwürdige Lästigkeit. Und die institutionelle Verbindung mit den Kirchen wirkt dann nicht als Funktion und Konsequenz des besonderen theologischen Wissenschaftsbegriffs und Wissenschaftsziels, sondern als anachronistische, wissenschaftsfremde Privilegierung und Ingerenz der »Amtskirche«. Diese säkularisierende Ausdeutung ihres Wesens und ihres Rechtsstatus wird den Theologenfakultäten vielfach von außen angesonnen, auch wenn sie ihnen selber ferne liegt. Und ihre Öffnung zur Ökumene droht vielfach ebenfalls i. S. einer Säkularisierung mißverstanden zu werden, die die überkommenen Bekenntnisbindungen der Theologie nicht zu erweitern und in neuer Gemeinsamkeit zu vertiefen, sondern abzuschütteln sucht. So haben die theologischen Fakultäten trotz einer gewissen Beruhigung der kulturpolitischen Gewässer ihren Weg zwischen Skylia und Charybdis zu finden, um ihr Wesen und ihr Recht nicht zu verlieren.

¹³ Dazu unten S. 197 ff., 201 ff., 270 ff.

III. Die Notwendigkeit der institutionellen Gesamtsicht

Die Vielfalt und Zersplitterung der Normen, aus denen sich die Rechtsgestalt der theologischen Fakultäten insgesamt ergibt, zwingt also zu ihrer juristischen Zusammenschau und Gesamtwürdigung. Nur wenn sich die Lehre und Praxis die isolierte, herausgegriffene Einzelargumentation aus einzelnen Normaspekten der Spezialgesetze wie der Verfassung versagen, werden sie diese Normen in ihrer »praktischen Konkordanz« begreifen, nur so die innere Sinneinheit und Sachgesetzlichkeit der theologischen Fakultäten norm- und sachgerecht erfassen. Wie in vielen anderen Bereichen des Kulturverfassungsrechts sind auch hier die Rechtsformen in behutsamer geisteswissenschaftlicher Differenziertheit auf die empfindlichen geistigen Phänomene und Institutionen abgestimmt, die das Recht schützen, pflegen, fördern und begrenzen soll, aber nicht selbst schaffen kann und nicht verfremden darf. Nur in dieser »institutionellen« Interpretation lassen sich ihre Einzelheiten sinnvoll als Einheit verstehen. Diese Frage nach dem »Gesamtstatus« der theologischen Fakultäten hat sich zunehmend als das Kernproblem und Fundament bei vielen Einzelfragen herausgeschält¹⁴.

Erst der Blick auf die Eigenart der Theologie als Wissenschaft und auf den Gesamtstatus ihrer Fakultäten läßt erkennen: Im Verhältnis von Bund und Land hat das GG anders als die WRV (Art. 149 III) zwar selbst auf eine ausdrückliche Garantie der theologischen Fakultäten verzichtet. Aber dies folgt aus der stärkeren föderalistischen Kompetenzbeschränkung des Bundes und aus seiner asketischen Zurückhaltung im Grundrechtsteil. Damit wird das Existenzrecht und die normative Besonderheit der theologischen Fakultäten keineswegs bestritten bzw. zur freien Disposition der Länder gestellt. Ebenso wenig läßt sich hieraus eine säkularisierende Interpretation des unitarischen Wissenschaftsbegriffs in Art. 5 III GG für die theologischen Fakultäten ableiten: Die Gewährleistung der konkordatsgesicherten theologischen Fakultäten ergibt sich (mittelbar und abgeschwächt) aus dem GG selbst, und zwar aus Art. 123 II GG über die Fortgeltung des – verfassungsgerichtlich bestätigten – Reichskonkordates. Aus Art. 3 III GG folgt ferner das religiöse Diskriminierungsverbot, das die Theologie gegen die Benachteiligung aus weltanschaulichen Gründen schützt. Aus Art. 5 III GG ergibt sich ein offener, nicht ideologisch-verengter Wissenschafts- und Freiheitsbegriff. Art. 4 I GG gebietet die Respektierung des religiösen Bekenntnisses und enthält eine in Art. 140 GG/137 I WRV bekräftigte Kompetenzbeschränkung des Staates in den spezifisch religiösen Fragen. Art. 140 GG/137 III WRV sichert die Freiheit zur eigenständigen Lehrentscheidung durch die Religionsgesellschaften, gerade auch in den »res mixtae«.

¹⁴ So auch *Alexander Hollerbach*, Die Theologischen Fakultäten und ihr Lehrpersonal im Beziehungsgefüge von Staat und Kirche, in: *Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche*, Bd. 16, hrsg. v. Heiner Marré und Johannes Stütting, Münster 1982 S. 70 ff., 78 ff. und insbes. S. 139; auch daselbst i. d. Diskussion *Ernst-Wolfgang Böckenförde* S. 151 und *Ernst-Lüder Solte* S. 161. – Zum methodischen Vorgehen in einem parallelen Problemkreis vgl. etwa *Ulrich Scheuner*, Pressefreiheit, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (VVDStRL), Heft 22, Berlin 1965 S. 32 ff., bes. S. 45 ff., 53 ff., 56–60.

Im Verhältnis von Verfassungs- und Vertragsrecht zeigt sich analog: Mitwirkungsrechte der Kirchen nach Konkordaten und Kirchenverträgen erscheinen bei ihrer Einordnung in den verfassungsrechtlichen Gesamtzusammenhang nicht als Ingerenzrechte wissenschaftsfremder gesellschaftlicher Größen, sondern als Konsequenz von Verfassungsentscheidungen, welche einerseits die Zulässigkeit, andererseits jedoch auch die Grenzen kirchlicher Mitwirkung bestimmen. – Im Verhältnis von Verfassung und Gesetzgebung gilt ähnlich: Nur durch eine Gesamtbetrachtung des Grundstatus der theologischen Fakultäten läßt sich der gesetzgeberische Kompetenzspielraum zu dessen näherer Ausgestaltung bestimmen und begrenzen. Nur so wird dieser gegen eine quasilegislatorische Usurpation durch die Gerichte und die Verwaltung gesichert, die die Gewaltenteilung nicht durch eigenmächtige »Grundrechtskonkretisierungen« überspielen dürfen. – Und im Verhältnis des Gesetzes zur Sitzungsgewalt zeigt sich: Erst die institutionelle Erfassung des Gesamtstatus läßt in den Fakultätssatzungen die sachlich notwendige und rechtlich gebotene Berücksichtigung jener spezifisch religiösen Besonderheiten realisieren, wo diese etwa im Recht der Prüfungen, der akademischen Grade u. a. m. abweichend von den allgemeinen Regelungen für die anderen Fakultäten zu ordnen sind.

IV. Die verschiedene historische Entwicklung im katholischen und evangelischen Fakultätenrecht

1. Der Status der theologischen Fakultäten bis zur Aufklärung

Der epochale Wandel der Staatsziele und Staatsstruktur in der geistigen Entwicklung der Neuzeit hat den legitimierenden Grund für die staatliche Trägerschaft der theologischen Fakultäten zutiefst verändert.

Längst verklungen ist die kirchliche Suprematie über die mittelalterlichen Universitäten, die vielfach als päpstliche Gründungen bzw. kraft päpstlicher Approbation entstanden, als Korporationen auf kirchliche Stiftungen angewiesen waren, in kirchlicher Prägung auf der Grundlage des kirchlichen Rechts unter kirchlicher Aufsicht fungierten, so daß die weltliche Gewalt hier als weltlicher Arm der Kirche dienstbar wurde.

Lange verklungen ist auch das Universitätssystem im protestantischen Territorialstaat der Reformation und der Orthodoxie¹⁵. Die cura religionis des

¹⁵ *Johannes Heckel*, Cura religionis, ius in sacra, ius circa sacra, in: Festschrift Ulrich Stutz, Stuttgart 1938 S. 224 ff.; *ders.*, Lex charitatis, 2. A., Köln Wien 1973 S. 307 ff.; *Martin Heckel*, Staat und Kirche nach den Lehren der evangelischen Juristen Deutschlands in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, München 1968 S. 77 ff., 109 ff.; *ders.*, Deutschland im Konfessionellen Zeitalter, Göttingen 1983 S. 9 ff., 222 ff.; *Gustav Adolf Benrath*, Die Universität der Reformationszeit, Archiv f. Reformationsgeschichte 57 (1966) S. 32 ff. – Wenn die reformatorische Lehre auch die »Welt« kraft des allgemeinen Priestertums von der Hierarchie »befreite«, so verstand sie doch diese Weltlichkeit der irdischen Berufe und ihre Berufsethik als zutiefst bekenntnisbestimmt und theologisch gebunden im Sinne der evangelischen Theologumena von der Schöpfung und Erlösung der Welt, gemäß der staatlich verpflichtenden Territorialkonfession. Durch sie war der Bekenntnis-

Sachregister

Unter Einbeziehung der im Text erwähnten Namen

- Abhilfepflichtung des Staates 55 f., 63 f.,
120
Absolutismus 13, 16
Abwägungsgebot 35, 309
Abwehr kirchlicher Absolutheitsansprüche
43
Abwicklungsregelung bei Beanstandung
73 f., 101
»Adiaphora« 142, 149
Administrativfunktionen von Beanstandeten
65
Äußerer Rahmen der Freiheitsentfaltung 208
Agnostiker 28
Akademische Grade 36, 201, 340, 368 f., 377,
385
Akademische Lehrbefähigung 293
Akademische Prüfungen 56, 233 f., 246, 369,
377
– als gemeinsame Angelegenheiten 227
Akademische Selbstverwaltung 216, 234 f.,
251, 267, 341, 343, 362
Aktualisierung von Grundrechten 5
Allgemeines Priestertum 85, 177, 189, 287
Altkatholiken 57
Amt
– kirchlich 292
– staatlich 28
– des Theologen 67
Amtsenthebung 176
»Amtshilfe«-Verfahren 258
Amtskirche 8, 363
Anerkennung nichtstaatlicher Hochschulen
376 ff., 381, 383
Angebotscharakter der staatlichen Fakultäten
334, 370 f.
Anrechnungsmöglichkeit 246
Assistenten 51
Aufklärung 11, 42, 85, 254, 371
Aufsichtsrechte
– von Kirchenbehörden 225, 363
– von Staatsbehörden 78, 381
Augsburgische Konfession 134, 136, 143,
157, 165, 177
Ausbildungsziel 334
Ausfüllungsbedürftigkeit der religionsrecht-
lichen Begriffe 43
Ausgleichslösung 2, 39, 62 f., 79, 82, 100,
165, 317, 336, 348
Ausgliederung von Lehrstühlen 70
– für ökumenische Kontakte 216
Ausgrenzungsfreiheiten 17
Ausnahmecharakter der Zulassung Konfes-
sionsfremder 276, 296
Ausnahmeregelungen für kirchl. Hochschu-
len 379
Ausscheiden aus der Fakultät 54, 56 f., 62 ff.,
66
Ausschluß von Prüfungen 64, 280, 303
– vom Studium 294
Ausstrahlung der Theologie 21
Ausstrahlungswirkung der Grundrechte 38,
40
Autonomie 18, 21, 251, 342, 362
– Grenzen 224, 250, 254
Baden-Württemb. Universitätsgesetz 228
Badischer Kirchenvertrag 113, 116 f.
Bakkalaureat 225
Barmer theologische Erklärung 143, 195
Baumann, Richard (Lehrordnungsverfah-
ren) 160, 178
Baumgarten, Michael (Lehrbeanstandung)
160
Baur, Bruno (Lehrbeanstandung) 159
Bayrischer Kirchenvertrag 113, 116 f.
Beamtenstatus 69, 101, 104

- Beanstandungsfall 63, 70
 - folgen 59
 - grund 51, 55, 108
 - recht 122, 186, 364
 - regelung 75, 105, 110, 164, 215
- Bedarfsverwaltung 362
- Bedürfnisprüfung 329
- Befangenheit von Prüfern 285
- Beziehungsverfahren (innerkirchlich) 164
- Bekennende Kirche 356
- Bekenntnis 23, 37, 109, 123, 127 ff., 328, 347, 354
- Bekenntnisabgrenzung 139, 195
- Bekenntnis als eigene Angelegenheit 34, 308
 - als Prüfungsvoraussetzung 311, 313
 - als Tatbestandsvoraussetzung 218
- Bekenntnisartikel der Kirchenverfassung 111, 139, 150, 155, 161, 184 f., 207, 213, 363
 - aussage 142 f., 171
 - bann 26, 128
 - bedenken 109
 - bedingtheit des Rechts 137, 142, 149
 - bildung 20, 117, 125, 130, 144, 195, 208, 287
 - bindung 130, 133, 135, 137, 139, 141, 148 f., 155, 157, 169 f., 183 ff., 186, 194, 211, 287, 309, 330, 381
 - einigung 209, 215
 - fiktionen 131
 - fragen (Entscheidungskompetenz) 130 f., 164, 195
 - (als Zulassungsvoraussetzung) 283, 297
 - fremde Theologen 279, 318
 - geschehen 133, 146
 - grenzen 48, 99, 113, 132, 149, 155
 - grundlagen 120 f., 130, 139, 142, 148, 171, 212, 285, 357
 - inhalt 155
 - konflikt 134, 136, 158, 165 f., 188
 - konsens 141, 148 f., 172, 208, 210
 - neutrale Materien 142
 - prägung der Prüfungen 271, 310 f., 381
 - reinheit 121
 - relevanz 127 ff., 132, 141, 188, 195
 - schriften 135, 142, 190 f.
 - stand 89, 130, 145, 337
 - treue 143, 282, 355
 - und Evangelium 171
 - und Lehre als Beanstandungsgründe 87, 106, 112, 114, 117, 124, 164
 - verantwortung 146
 - vergewisserungsprozeß 190
 - verpflichtung (bei Promotionen) 202, 235, 245
 - verständigung 147
 - voraussetzungen der Berufung 106
 - wahrung 127 ff., 134, 150 ff., 154 f., 169, 183, 189
 - zwang 124, 130
 - zweifel 176
- Benachteiligungsverbot 45, 304, 306 f.
- Benehmens-Regelung 98, 332
- Bereichstrennung 31, 350
- Berichterstatter bei Prüfungen 76
- Berlin (Freie Universität) 249, 260
 - (kirchliche Hochschule) 259, 355 f., 359, 362 ff., 369, 383
- Berufsfreiheit 64, 311
- Berufungslisten 258, 265
 - vereinbarung 74, 203
 - verfahren 47 ff., 106, 113, 164, 201, 305, 324, 332, 383
 - verfahren (als Vokationsakt) 157
 - vorschläge 112, 342
- Besitzstandsgarantie 74
- Besonderes Gewaltverhältnis 235
- Bestandsgarantien (theol. Fakultäten) 2, 4, 35, 262 f., 305, 327, 346, 370
- Bestimmtheit der Habilitation 261
- Bethel 355 f., 360, 364
- Betreuung von Habilitationen und Promotionen 65
 - »Betriebeinheit Katholische Theologie« 324, 334, 341
- Bewertungsmaßstäbe 201, 238, 285, 305
- Bezugnahme des Rechts auf theol. Gegebenheiten 219, 227
- Bibelkritik 133
- Bischöfliche Aufsicht 37, 225, 290
 - Genehmigungs- und Zustimmungsrechte 50, 271, 298 ff.
- Bischofsamt (evangelisch) 136 f., 151, 155, 189, 364
 - Vertretung nach außen 150
- Bodelschwingh, Friedrich von 355
- Breslau (Universitätsgründung) 13, 221
 - »Bürgerliche Parität« 68
- Bultmann, Rudolf 97, 160, 191
- Bundesfreundliches Verhalten 257

- Catholica-Lehrstühle 214
 Chancengleichheit 209
 »Christlicher« Staat 24, 26, 33, 106, 118, 126,
 152, 182, 195, 338, 351, 357, 371
 »Christokratie« 133
 Clerus minor 228, 372
 Confessio Augustana 134, 136, 143, 157,
 165, 177
 Cura religionis 23, 90, 152, 195, 326, 351,
 357

 Daseinsvorsorge 22
 Demokratiegebot 12, 50, 115 f., 120, 197,
 347
 Demokratisch-rechtsstaatliche Letztverant-
 wortung 37 f., 78, 82, 116, 328, 345, 366
 Demokratisierung 139, 161
 »Deus scientiarum Dominus« 49, 224
 Differenzierung (abstufend) 45
 Differenzierungsgebot 9, 45 ff., 68, 125, 219,
 303 ff., 306
 Diözesanseminare 11
 Diplomprüfung 233 f., 241, 294, 300
 Diskriminierungsverbot (religiöses) 9, 22,
 81, 125, 303, 306, 316
 Dispens 235, 373 f.
 Dissertation 236, 245 f., 284
 Disziplinarrecht 83, 118, 123, 170, 172, 187
 »Doktorcid« 236
 Doktorgrad der Religionswissenschaften 255
 Doktorgrad, theol. (Entziehung) 316 ff.
 »Doppelcharakter« der Theologenfakultäten
 153, 167, 220, 265 f., 270, 288
 Dualistisches System 11
 – der Theologenausbildung 356, 358
 Durchnormierung des Hochschulrechts 3,
 201, 235, 271, 290

 Ecclesia spiritualis 165, 213
 Ecclesia universalis 313
 Eherecht 25
 Eichstätt (kathol. Universität) 352, 361,
 368 f.
 Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft 18
 Eigene Angelegenheiten 32, 126, 154, 156,
 223, 240, 268, 294, 309, 326, 364 ff.
 Eignung (weltlich und unter Bekenntnis-
 aspekten) 68
 Eingliederung des beanstandeten Theologen
 77

 Eingriffs- und Kontrollrechte des Staates 34,
 351
 Einheit der theol. Fakultät 201, 324
 – der Verfassung 307
 – des akademischen Wissenschaftssystems
 45
 Eintritt in andere theol. Fakultät 333
 Einvernehmen der Kirche 98, 332, 335, 347
 »Einverständnis« des Bischofs 298
 Einzellehrstuhl 266
 – Promotionsrecht 256, 258
 EKD-Kommission 6
 Elberfeld, Theologische Schule 355
 »Empfehlung« des Bischofs 298 f.
 Entkonfessionalisierung 25
 Enttemporalisierung der Kirche 12
 Entzug akademischer Grade 316 ff.
 Erforderlichkeit 311, 367, 380
 Ergänzungsfunktion der kirchlichen Hoch-
 schulen 354 f., 358, 373, 377
 Ermessensgrenzen 78, 95, 119, 281
 Errichtung theol. Fakultäten 322 ff., 326,
 341, 346
 Ersatzgestellung 56, 58, 74, 102
 »Ersatzhochschulrecht« 376, 378, 381 f.
 Erste Theologische Prüfung 233, 247
 Erweckungsbewegung 355
 Das »Evangelische« 29, 34
 Evangelische Freiheit 164, 168
 Evang.-theol. Charakter der Fakultät 277
 Evangeliumsverkündigung 178

 Fachaufsicht 364
 Fachhochschulen 361 f., 366
 Fachliche Kommunikation 21
 Fakultätentag 234, 256, 359
 Fakultätsautonomie 28, 50, 53, 74, 77 ff.,
 201, 218, 223, 250, 283, 291, 297, 302, 309
 »Fakultätsersatzverhältnis« 79
 Fakultätsexamen 225, 230, 233 f., 238,
 241 ff., 246, 277, 338
 Fakultätsgesamtheit 332
 Fakultätsatzungen 10, 225
 Fakultätsvertreter in der Landessynode 115,
 162, 164
 Fakultätszugehörigkeit 35, 60, 77 ff.
 Föderalismus 9
 Forderungsrechte gegen den Staat 350, 367
 Frankfurt a. M. (theol. Einrichtungen)
 322 ff.

- Freie Evangelisch-theol. Akademie (FETA) 372
 Freiheit der Forschung und der Lehre 60, 292, 366
 – der Kirche 25, 76, 150, 163
 – des Christenmenschen 129
 – des Evangeliums 92, 168, 228
 – des Kulturellen 1, 17
 – durch Normierung 84
 – durch Trennung 30
 Freiheitlicher Rechtsstaat 211, 253
 Freiheitlich-pluralistisches Staatskirchenrecht 112, 131, 198, 347
 Freiheitsbegriff 9, 93, 168, 198
 Freikirchen 45
 Freizügigkeit (akademische) 250
 Fremdhabilitationen, -promotionen 255, 260, 262
 Fremdkonfessioneller Übergriff 254
 Freundschaftsklausel 39, 58, 120, 329
 Friedrich der Große 13, 88, 195, 221
 Fürsorgepflicht 64, 73, 166
- Ganzheit der Materie 31
 Garantie der theologischen Fakultäten 32, 101, 202, 312, 369
 – der kirchl. Hochschulen 368
 – in den Landesverfassungen 3, 20
 Gegenreformation 11
 Gegenstand der theol. Forschung 239
 Geistige Freiheit 21
 Geistiges Erbe 38
 Geistliche Aufsicht 225
 – Ausbildungsfunktionen 58 f., 264 f., 281, 328, 347, 357, 365
 – Belange 38, 41, 114, 116, 120, 385
 – Freiheit und Bindung 54, 66, 93, 168
 – Maßstäbe 51, 331
 Geistlichenausbildung 274, 287, 334 f., 365, 369
 Geistlicher Charakter der theol. Fakultäten 29, 58, 310, 312
 »Geistlicher Kern« 35 f., 60, 99, 104, 349
 Geistliches Amt 136, 347, 370
 Geistliche Selbstbestimmung 7, 36, 61, 66, 70, 100, 111, 170, 347
 Geistliches Wesen der Kirche 138, 213
 Geistlich-geistige Sinneinheit 27, 326, 337, 349
- Gemeindeprinzip 177
 Gemeinsame Angelegenheiten 27, 31, 34, 266, 301, 325, 327, 340, 347
 Gemeinsame Lehrveranstaltungen der Konfessionen 214
 Gemeinwohl 116, 367
 Gerichtspraxis 210
 Gesamtbetrachtung 5, 9, 84
 Gesamthochschulen 261, 323
 Gesamtstatus der theol. Fakultät 4, 9, 10
 Gesellschaften mbH als Träger kirchl. Hochschulen 361
 Gesetzlichkeit 129, 134, 150, 164, 181, 190 f., 208, 247
 Gesetzmäßigkeitsprinzip 186, 279
 Gewaltenteilung 279, 305
 – innerkirchlich 186
 Gewohnheitsrecht 270, 312
 Glaubensgeschehen 134
 – spaltung 254
 – zwang 135
 Glaube und Recht 1
 Gleichberechtigung der Theologie 22
 Gleichheit ohne Nivellierung 29
 Gleichheitsgarantien (staatskirchenrechtlich) 40, 304 f.
 Gleichheitsgrundsatz – allgemeiner, Art. 3 I GG 82, 95, 169, 211, 303, 311
 – spezieller, Art. 3 III GG 23, 44 f., 67, 75, 218 f., 303, 306, 308, 315
 Gleichstellung nichtstaatlicher Hochschulen 376
 Gleichwertigkeitserfordernis 377 f., 381, 384
 Globalhabilitationen 262
 Graduierung eines Bekenntnisfremden 308
 Griechisch-orthodoxe Christen 276 f.
 Großkirchen 45
 Gründungsfreiheit von Hochschulen 377
 Grundrechte
 – als Abwehrrechte 17, 94, 231, 304
 – als positive Forderungsrechte 94, 102, 309
 Grundrechtsausübung 28
 – bindung der Kirche 54, 186, 198, 308 f., 382
 – interpretation 5
 – kollisionen 307 f., 311, 315
 – status 28
 Gruppenuniversität 6, 48, 64, 72, 119, 160, 244, 268, 378, 383
 Güterabwägung 308

- Gutachtenpraxis (der theol. Fakultäten) 152f.
- Gutachtenrecht, gutachtliche Einvernahme 88, 90f., 108f., 113, 300, 332, 364
- Gutachter (Promotion) 252
- Habilitationen 201, 214, 227, 233 ff., 238, 241 f., 250 ff., 254 ff., 258 ff., 263 ff., 271 f., 276, 284, 338
- Bedeutung für ev. Kirche 286 ff.
 - Bedeutung für kath. Kirche 292, 319, 339
 - bei kirchlichen Hochschulen 369
 - Bestimmtheit 261
 - Mitwirkung von Beanstandeten 75
 - Zustimmung des Bischofs 302f.
- Habilitationsordnung 220, 230, 241, 244 f., 262
- schrift 236
- Häufung von Beanstandungsfällen 82
- Harnack, Adolf v. 96, 165, 173
- Haushaltsrecht 83, 102
- Hierarchie 12, 132, 164, 194, 206, 287 ff., 290
- »Hinüberprüfen« 284
- Historische Entwicklung 10
- Historismus 138
- Hochschulautonomie 18, 224, 254, 362
- Hochschulbedürfnisse der Gesellschaft 366
- freiheit 376
 - gesetze 3
 - monopol 13, 18, 357, 365, 368, 375 f.
 - reformen 161
- Hörverbote 36, 62f.
- Homogenität staatl. und kirchl. Fakultäten 354, 358 f., 372, 377
- Honorarprofessoren (Beanstandung) 104
- Humanwissenschaften 22
- Identität der Theologie 5, 241, 267, 274 f., 295
- Ideologische Verfälschung 41, 118 ff., 139, 239
- Ingerenz der Amtskirche 8
- Innerevangelische Konsensbildung 96, 106, 112 f., 164, 167
- Innerkirchliche Reformen 208
- Innerkirchliches Lehrbeanstandungsverfahren 54, 110, 193
- Institutionelle Gesamtsicht 9
- Institutionelle und individuelle Rechtsmomente 5, 79
- Institutionelle Verbindungen
- von Kirche und Theologie 4, 8, 162, 165
 - von Staat und Kirche 31, 350
- Institutsleitung 74
- Integration der Fakultätsmitglieder in die Kirche 154, 164
- Integration der Theologie
- in die Gesamtkultur 21, 375
 - in die Universität 20, 58
- Integrationstheorie 32
- Interdisziplinäre Verbindungen 20, 75, 78, 83, 237, 260, 275, 323, 325, 371
- Interim von 1547/48 199
- Interkonfessionelle Begegnung 215
- Institute 206
 - Lehrbedürfnisse 213
 - Öffnung bei Prüfungen 244
- Ius reformandi 26, 61, 88, 107, 130, 140, 165, 167, 199, 284, 308
- Jatho, Karl 173
- Judikatur 3
- Jurisdiktionsgewalt des Papstes 53, 85, 146, 151, 282, 286
- Kahl, Wilhelm 187
- Kanonisches Recht 151, 223 f., 319
- Kanonische Studien- und Prüfungsregelung 222
- Katechismen 143
- Katholiken – Zulassung zu ev.-theol. Prüfungen 282
- Katholisch-theol. Hochschulen 265
- Katholizität 29, 35, 61, 70, 253 f., 264, 296, 302 f.
- Kerygma 20, 45, 245, 281, 317
- Kirche als wissenschaftsfremde Macht 37, 52, 301
- Kirchenaustritt 304, 314, 316
- Bedeutung für Lehramt 212 f.
- Kirchenbegriff 129
- Kirchen der Dritten Welt 277
- Kircheneigene Abhilfemaßnahme 52, 62, 101
- Kirchenfreiheit 95, 99, 154, 198
- gewalt 208
 - gutsgarantie 30
 - guts-Säkularisationen 42
 - hoheit 15, 91, 348
 - kampf 8, 88, 167, 173, 355, 357, 365
 - kuratel 91

- leitung 85, 136, 151 f., 155, 187, 192, 207, 286, 363 f.
- politische Instrumentalisierungsversuche 7
- regiment 14 f., 26, 158
- verfassung und Lehrverantwortung 184 ff.
- verträge 3, 86 ff.
- vertragsklausel 6
- Kirche und Fakultät 107, 111, 167, 362
- Kirchliche Ämter 292
 - Anerkennung von Prüfungen 326
 - Aufsicht 63
 - Autonomie 14, 66, 360
 - Grade 320
 - Hochschulen 18, 265, 286, 329, 331, 348 ff., 353
 - Hochschulfreiheit 366 f., 369
 - Kampfmaßnahmen 36
 - Mitwirkungs- und Zustimmungsrechte 4, 37 f., 87, 95, 220, 226 f., 236, 372
 - Nebenämter 115, 193
 - Prüfungen 230, 233, 241 f., 246, 268, 374
- Kirchlicher Vorbereitungsdienst 233, 242
- Kirchliches Arbeitsrecht 141
 - Ausbildungsziel 4, 220, 272
 - Beanstandungsrecht 69, 117, 192, 330
- Kirchliche Selbstbestimmung 34, 48, 51, 60, 75, 96 ff., 104 ff., 110, 118, 153, 164, 167, 181, 207, 226, 328 ff., 334, 336, 341, 343, 360, 364 f., 367 ff., 380
 - Sonderfunktion der Fakultät 167, 217
 - Stiftungen 361
- Kirchliches Zeugnis als Zulassungsvoraussetzung 299
- Kirchliche theol. Fakultäten 352
- Kirchliche Verantwortung für die Theologie 49, 107, 155, 207, 292, 357
 - Verkündigung 266
 - Vokation 157 f.
 - Vorschriften (staatskirchenrechtliche Geltung) 222
 - Zustimmung zu Berufungen 164
- Klerikalisierung 38
- Königskirchentum 26
- Körperschaft öffentl. Rechts 359 f., 362
- Koexistenz (religiöse) 5, 43, 240
- Kollegiale Mitverantwortung bei Graduierung 258
- Kollegialismus 14
- Kommunikation der Wissenschaft 257
- Kompetenzbeschränkung (Fakultät) 249, 254, 274
- Kompetenz
 - zur Errichtung theol. Fakultäten 327
 - zur Konfessions- und Religionspolitik 24
- Konfessionalismus 44, 138, 144
- Konfessionelle Neutralität des Staates 40, 67, 118, 146, 158, 166, 211, 217, 226
- Konfessioneller Charakter einer Einrichtung 306
- Konfessionelles Selbstverständnis 4, 242, 267
- Konfessionelles Zeitalter 40, 43, 61, 131, 189
- Konfessionsfremde Lehrer 203, 205
 - als Gutachter 267
 - als Prüfer 273
 - ev. Kirchenrecht 206 ff.
 - kath. Kirchenrecht 205 f.
- Konfessionsfremde Prüflinge
 - ausnahmsweise Zulassung 274 ff., 282, 291 ff.
 - Ausschluß vom Studium 315 f.
 - Ausschluß von Prüfungen 270, 286, 303, 306 ff., 309, 313
 - Satzungsformulierung 276
 - und kath.-theol. Fakultät 290 f.
- Konfessionsgebundenes Staatsamt 67 ff., 74, 82, 101, 104, 184, 202, 211, 215
- Konfessionsklausel 271 f., 280, 290, 307, 309, 311 f., 316
- Konfessionslose
 - Dozenten 212, 214
 - Prüflinge 280
- Konfessionswechsel 304
- Konfessionszugehörigkeit
 - als Prüfungsvoraussetzung 234 ff., 270, 273, 290 f.
 - der theol. Lehrer 201
- Konfliktlösung 39, 58
- Konfliktsstrategie 83
- Konkordatsprofessuren 22
- Konkordatsrecht und kanonisches Recht 224
- Konkordatsvorbehalte 3, 321
- Konkordienformel von 1577 143
- Konsensbildungsvorgang in der ev. Kirche 132, 188
- Konsistorien 14
- Konstantinisches System 24, 240
- Konstituierung der Staatskirchenartikel 32
- Konstitutionelle Monarchie 15, 90
- Kooperationsabkommen 74

- Kooperation und Koordinierung
 - der Konfessionen 214
 - der Wissenschaften 238
 - von Staat und Kirche 15, 31, 37, 39, 41, 59, 62, 68, 87, 108, 210, 230, 264 ff., 329, 332, 352
- Koordination des innerkirchlichen und staatskirchlichen Status 62, 301
- Koordinationsprinzip 31 ff., 116, 345 ff.
- Korporationsrechtliche Zugehörigkeit 65, 310
- Korporationsstatus 71 f., 79, 187, 249, 364
- Korrelatenlehre 16, 57, 348, 373
- Krüger, Herbert 41
- Kulturbedürfnisse 252
- Kulturkampf 12, 21, 57, 91, 161, 254, 335, 365, 370 f., 373
- Kulturkompetenz 38, 329
- Kulturpolitische Spannungen 6, 323 ff.
- Kulturstaatlichkeit 1, 15, 17 ff., 23, 33, 38, 41, 62, 64, 68, 93, 110, 196, 205, 213, 218 f., 227, 247, 265, 284, 306, 326, 347, 349 ff., 368, 371, 374, 384
- Kultusverwaltung 15
- Kuratel- und Aufsichtsrechte 15
- Kuratorium 362 f.
- Kurie 53, 223, 292, 301, 312

- Laisierung 55
- Laizismus 20, 42
- Landesherrliches Kirchenregiment 11, 86, 89 f., 118, 126, 173, 195, 226, 338
- Landeskirche 111
- Lebenswandel 117 f.
- Legitimation der staatlichen Trägerschaft 10
- Lehrangebot 330
 - autorität der evangelischen Kirche 126, 132 f., 146, 151, 160, 170
 - autorität der theol. Fakultäten 154
 - beanstandung 57, 102, 123, 172, 176 f., 194, 289
 - beanstandung (nicht nur Lehrangebots-ergänzung) 58
 - beanstandungsgesetz 172
 - beauftragte (Beanstandung) 51, 103 f.
 - bedenken 187
 - befähigung 50, 260, 319
 - entscheidung 9, 171
- Lehre und Wandel 49, 51, 55, 108, 117, 292, 330
- Lehrfortbildung 152, 287
 - freiheit 122, 164, 168 ff.
 - funktionen 51, 104, 332 f.
 - gesetzlichkeit 85, 132, 194
 - gewalt 20, 70, 122, 124, 166, 172, 194, 301, 358
 - grundlagen 34, 127 ff.
 - irrtrum 70
 - klärungsverfahren 175
 - konflikte 173, 190
 - ordnungsverfahren 170 ff., 187, 190
 - – theologische Eigenart 174
- Lehrordnungen 170 ff., 175 f., 180, 182 f., 186, 191
 - Einbeziehung der Theologie 181, 191
 - Geltungsbereich 179
- Lehrstuhlausstattung 74
 - umgliederung 78
- Lehr- und Bekenntnisbedenken 49 ff., 108, 111 ff., 118, 120 f., 192, 364
- Lehrverantwortung der Kirche 111, 158, 170 ff., 174, 177, 180 ff., 184 f., 186, 190, 192, 212 f.
- Lehrzuchtsrecht 123, 159, 170
- Leuenberger Konkordie 144 ff.
- Liberalisierung 32
- Liberalismus 12, 165
- Liberalität 29, 39, 68, 81, 84, 92, 219, 240
- »Lima-Texte« 147
- Lizentiatenprüfung 225, 230, 233 f., 293 f.
- Lückenschließung 99, 272
- Luther, Martin 85, 152, 166, 172

- Magisterprüfung 230, 233, 235, 238, 242 f., 246 f., 277
- Magnus Cancellarius 206, 224 f., 363
- Mainzer Vereinbarung vom 22. 4. 1947 114
- Marburg (theologische Fakultät) 96, 123, 255
- Maßstabsfrage
 - bei Personalangelegenheiten 46, 113 ff.
 - bei Prüfungsordnungen 227 ff., 331
- Maßstabsklauseln, -regelungen 31, 41, 228 ff., 300, 379, 380 ff., 383
- Menschenwürde 305
- Methode der theol. Forschung 239
- Mindestausstattung theol. Fakultäten 342
- Ministerium verbi divini 123, 136, 141, 151, 155 ff., 162 f., 165, 168, 182, 184, 202
- Missio canonica 50, 52, 58, 62 f., 83, 206
- Missionsbefehl 314

- Mitgliedschaft in christl. Kirche als Prüfungsvoraussetzung 235
- Mittelalterliche Universitäten 10
- Mitwirkungspflichten der Kirche 331
- Mitwirkung in den Fakultätsgremien 65
– in Personalangelegenheiten 47 ff., 264
- Monopol der Theologenfakultäten 356, 373
- Moslime 46
- Musterordnungen 234
- Nachschieben von Gründen 108
- Nachträgliches Beanstandungsrecht 54, 57,
91, 99, 104, 180 f., 185, 212
– Rechtsfolge 55, 87, 99
- Nationale Einheitlichkeit 21
- Neue Lehrtätigkeit des Beanstandeten 55
- Neuendettelsau (kirchl. Hochschule) 360
- Neugründungen theol. Fakultäten 344 f.
- Neutralität 31, 39, 41, 60, 62, 95, 99 f., 114,
125, 140, 165, 198, 202 f., 336
- Nichtanerkennung von Prüfungen 62 f., 370
- Nichtidentifikation 41, 219
- Nihil obstat nach Art. 7 Reichskonk 50
- Nihil obstat nach Art. 19 Reichskonk 13,
48 f., 50 ff., 56, 64, 71, 74 f., 87, 91, 206,
212, 265, 291, 302, 331 ff.
– ältere Praxis 57
– Begründung 52
– Grenzen 52 f.
– innerkirchl. Zuständigkeit 53 f.
- Nivellierung 5, 41, 201, 235
- Nordrhein-Westfäl. Kirchenvertrag 226
- Normaljahrsgarantie 89
- Normdefizite 84
- Notwendigkeit des Ausscheidens 62 ff., 101
- NS-Kirchenpolitik 44
- Obrigkeitsstaat 141
- Öffentliche Förderung kirchl. Hochschulen
366
- Öffentliches Wohl 38
- Ökumene-Begriff 200, 286, 295
- Ökumeneklausel bei Prüfungen 273, 280,
288, 290, 296 f., 307, 309, 311 f., 316
- Ökumenische Bewegung 7 f., 146 ff., 197 ff.,
203, 210 ff., 233, 242, 267, 270 f., 275 f.,
279, 284, 290 f., 373
– und Staat 204, 208, 254
- Ökumenische Einigung 203, 209, 253 f.
– Ersatzfunktion 277 f., 296
- Ökumenischer Rat 146 f., 275 f., 278, 282,
284, 286, 290
- Oktori 77, 205, 288, 314, 378, 381 f.
- Ordenshochschulen 11, 352, 354, 360
- Ordinarien-Universität 160
- Ordination 180, 182, 193 f.
- Organe kirchl. Hochschulen 361 ff.
- Organisationsgewalt 77, 83, 254, 325 f., 328
- Organisationsrechtlicher Anspruch (des
Wissenschaftlers) 60
- Orthodoxe (Zulassung zu Prüfungen) 293
- Orthodoxie 10
- Parität 1, 29, 39, 44 ff., 90, 95, 102 f., 114,
125 f., 198, 219, 240, 263, 303 ff., 308, 312,
324, 330
- Parlamentarische Demokratie 89
- Partei-, Vereins- und Pressewesen 12
- Partnerschaft von Kirche und Staat 6, 39
- Paulinische Theologie 117
- Paulskirchenverfassung 7, 12, 44, 199
- Pauschal-Begründung 52
- Perfektion des Hochschulrechts 5
- Personalangelegenheiten
– ev.-theol. Fakultäten 84 ff.
– kathol.-theol. Fakultäten 47 ff.
- Personalauswahl 47
- Pflicht der Kirche zur Nutzung der Staatsfa-
kultäten 371
- Placet 26, 301
- Pluralismus 1, 18 f., 66, 68, 71, 141, 219, 374
- Pluralistisches Wissenschaftssystem 70,
120 f., 277, 310, 326, 354, 377 ff.
- Pluralistisch-freiheitliche Demokratie 3, 89,
169
- Polarisierung 63
- Politische Neutralisierung der Kirche 51
- Politischer Katholizismus 12
- Polizeiliches Führungszeugnis 236
- Positive Religionspflege 88, 219
- Positivismus 5, 138, 235, 272
- Präzedenzwirkung 74, 275, 279, 289
- Praktische Konkordanz 9, 307, 379
- Predigtamt 136
- Preußenkonkordat 56, 368
- Preußischer Kirchenvertrag 110 ff., 117, 210,
346
- Preußisches Lehrbeantragungsgesetz 172,
182
- Priesterausbildungsstätten 352, 368

- Privatdozent (Beanstandung) 72, 103 f.
 Privilegierung 6, 22, 81, 303
 Professio fidei Tridentini 11, 245, 292
 Promotionen 76, 202, 214, 225, 233 ff., 238, 241 f., 245, 250 ff., 254 ff., 258 f., 264 ff., 272, 338
 – Annahme 270
 – Bedeutung für ev. Kirche 286 ff.
 – Bedeutung für kath. Kirche 292 ff., 339
 – bei kirchl. Hochschulen 369, 385
 – Mitwirkung von Beanstandeten 75
 – von Konfessionsfremden 208, 270 ff., 274 ff., 292 ff., 313
 – Zustimmung des Bischofs 302 f.
 Promotionsordnungen 230, 244, 247, 262
 Prüfer (theol. Qualifikation) 248
 Prüfungen 36, 209, 367
 – Mitwirkung von Beanstandeten 75
 Prüfungsgleichheit 285
 – kollegium 243 f., 252, 295, 330
 – leistungen 201, 242 f., 271
 – maßstäbe 247, 252, 274, 285 f., 295, 330
 Prüfungsordnungen 224, 232 ff., 242 f., 277, 281, 305
 – Mitwirkung der Kirche 201, 220 ff.
 Pufendorf, Samuel 166
- Qualifizierte Mehrheit 244, 276, 279 f., 297
- Rahmensäkularisierung 43, 169, 240
 Rahmen- und Verweisungscharakter 20, 29, 62, 93, 169, 204, 219
 Rechtfertigungslehre 117, 129, 140, 208
 Rechtliches Bezugnahme- und Garantieverhältnis 170
 Rechtsanspruch auf Prüfungszulassung 271, 313, 315
 Rechtsaufsicht 364
 – bedeutung des Bekenntnisses 134 f., 137, 142 f.
 – fähigkeit kirchl. Hochschulen 359
 – form der kirchl. Hochschulen 359 ff.
 – fremdheit 85
 – quellen-Hierarchie 217
 – sicherheit 101
 – staatlichkeit 6, 63 f., 70, 152, 197, 276 f., 279, 297
 – träger kirchl. Hochschulen 359 ff., 362, 366, 376
 – verbindlichkeit ev. Lehrentscheidung 96, 98
 Recursus ab abusu 26
 Reformation 11, 85
 Reformationsrecht des Staates 27, 204
 Reformatorische Freiheit 140, 168
 – Rechtstheologie 140
 Reichskonkordat 29
 – Fortgeltung 49
 Reinheit der Verkündigung 135, 177
 Religiöse Aktivitäten des Staates 26
 Religiöse Besonderheiten 4 f., 10, 27, 41
 – Prägung der Institution 28
 – Selbstbestimmung 58, 101, 112, 208, 347, 350
 – Verweisungsfunktion 29
 »Religion des Geistes« 44
 Religionsfreiheit 1, 35 f., 100, 168, 198, 205, 218, 227, 231, 236 f., 248, 267, 328, 340, 349, 367, 370, 381, 384
 – der Kirche 60, 99, 101, 307 f., 317, 320, 325, 382
 – für die Theologie 119, 279, 297, 305, 307, 310
 – individuelle 67, 81, 91, 164, 308, 310 f.
 – korporative 24, 29, 37, 40, 91, 96, 107, 114, 169, 231, 236, 240, 308, 310, 370
 – negative 6, 50, 93, 220, 316
 – positive 6, 219
 Religionspädagogik 323, 334
 – unterricht 30
 – wissenschaften 27, 255, 308, 323 f., 330, 337, 340, 342 f., 354
 Repräsentation 153, 161
 Res mixtae 9, 34, 38 f., 41, 59, 60, 62, 64, 68, 94, 116, 125, 152, 210, 212, 223, 225, 229 f., 300, 302, 332, 336
 Respektierung des religiösen Bekenntnisses 9, 15, 18, 29, 34
 Rezeption der religiösen Phänomene 43
 Rheinland-Pfälzischer Kirchenvertrag 112, 114, 116 f.
 »Rückgabe« der missio canonica 83
 Rücksichtnahmegebot 329, 336
 Rückzug aus den Staatsuniversitäten 36
- Säkularisation 12, 91, 195
 Säkularisierende Anwendung der Hochschulgesetze 38, 201, 235
 Säkularisierung 1, 8, 12 f., 15, 27, 32, 41 ff.,

- 92, 112, 130, 134, 139f., 167, 239, 270f., 291, 321
- des Rechts 42, 44, 93, 239f.
- Säkularität des Staates 39, 43, 95, 109f., 114, 152, 164, 198f., 219, 226
- »Sapientia Christiana« 49, 206, 224, 241, 262, 291 ff., 300, 353, 362
- Satzungen
 - bekenntnisgeprägte 217
 - kirchl. Hochschulen 361
- Satzungsgenehmigung 233, 363, 383
 - gewalt 10, 216, 233, 236, 240
- Schrankengesetze 35, 59 ff., 101, 229, 268, 288, 317
- Schrankenvorbehalt 38, 50, 367
- Schrempf, Christoph (Disziplinarfall) 173
- Schulz, Pastor (Lehrbeanstandungsverfahren) 105, 178f.
- Selbstbeschränkung des Staates 43
- Selbstbestimmung der Religionsgesellschaften 1, 29, 32f., 35, 59, 86, 153, 163, 194, 212, 227, 240, 300, 317, 325, 369
- Selbstergänzungsrecht 48, 77
- Selbstverantwortung der Fakultät 113
- Selbstverwaltungsgremien 201
- Selbstverwaltungsrecht 80, 217, 259
- Smend, Rudolf 32, 39
- Sohm, Rudolf 138
- »Solus Christus«, »sola scriptura« 132, 168, 287
- Sozialstaatlichkeit 21 f., 68, 219
- Spezialitätsgrundsatz 218
- Spiritualismus 138, 141
- Spruchkollegien der Kirche 159, 166, 174f., 178, 180f., 187f., 191, 194
- Staatliche Anerkennung 362, 366
 - Ausbildung als kirchl. Anstellungsvoraussetzung 335
 - Bezugnahme auf die religiöse Selbstbestimmung 30
 - Eingriffe 37, 41
 - Funktionen der theol. Fakultäten 44
 - Organisationshoheit 328f.
- Staatliches Interesse an der Theologie 21
- Staatliche Verantwortung für die Gesellschaft 18, 350
- »Staatsdienerliche Rechte« 74, 101
- Staatsdoktrin 31, 41
- Staatsfreie Gesellschaft 25f., 33
- Staatshaushalt 83
- Staatskirchenrechtliche Grundprinzipien 39, 345
- Staatskirchentum 11, 13, 24, 96, 110, 140, 150, 167, 199, 219, 226, 268, 286, 312, 326, 336, 351, 356
 - konfession 41
 - leistungen 372
 - universitäten 18
 - ziele 10, 24
- Statusbindungen des theol. Lehramtes 7, 118, 152, 294
- Status confessionis 58
 - der theol. Fakultäten 1, 10, 35, 198, 262f., 272
 - extra facultates 66, 73, 79, 100, 205
 - – kein Graduierungsrecht 76
- Statusrechte 100, 223
- »Stellungnahme«-Recht der Kirche 108
- Studienfreiheit 294, 314
- Studienordnungen 305
 - Mitwirkung der Kirche 220, 224, 226
- Stufenfolge der Prüfungen und Grade 246, 251
- Subjektives Recht der Kirche 94, 225
- Subordinationsprinzip 31, 345f.
- Substantiierung der Beanstandung 55
- Summepiskopat 15, 89f., 106, 140, 226
- Synallagma 103, 125, 302, 345
- Synode 136, 159, 162, 166, 175, 181f., 184, 192, 207, 209, 286, 363
- Tatbestandswirkung 249, 340
 - der Habilitation 257, 262
- Tatsachenbenennung bei Beanstandung 108
- Teilweiser Ausschluß 64, 101
- Territoriale Zersplitterung der ev. Kirche 209
- Territorialismus 11, 13
- Territorialstaat 10, 140, 152
- Theologie als Staatsaufgabe 21, 327
- Theologische Beurteilung durch die Kirche 98
 - Einzellehrstühle 215
 - Fakultäten
 - – als Kirchenbehörden 152, 167
 - – als Spruchkollegien 159
 - – als Staatsbehörden 14f., 327
 - – kirchl. Autorität 123, 152 ff.
 - – theol. Gutachten 160
 - Grade

- – kirchenrechtliche Regelungen 338
- – Koordinierung von Staat und Kirche 339
- – Staatliche Verleihung 337
- Kernfächer 243
- Lehrkonflikte 111, 174
- Kompetenz 259f.
- Theologischer Charakter der Gesamtfakultät 202, 333
- Gesamtzusammenhang 121, 191, 248, 252, 257, 343
- Wahrheitsanspruch 34, 99
- Theologisches Freiheitsverständnis 93, 168f.
- »Theologisches Lehrgespräch« 174
- Theologisches Wissenschaftsverständnis 5, 8, 11, 19f., 23, 27, 45, 211, 217, 240f., 247f., 272, 281, 310, 312, 320, 336, 365, 378, 381
- Theologisch-kirchlicher Konvent 163
- Toleranz 13
- Traditio humana 138
- Trennung der staatlichen und kirchlichen Kompetenzen und Maßstäbe 31, 33, 264
- Trennungsmodell
 - äußeres 25
 - altliberales 33, 219, 348, 350
 - Wandlungen 32
- Trennung von Kirche und Staat 1, 6, 12, 15, 25, 27, 30, 40, 66, 84, 86, 91, 99f., 106, 108, 110, 150, 153f., 163, 165, 167, 188, 198f., 226f., 302, 327, 336, 382
- Tridentinum 11, 352
- Triennium 22, 335, 369, 373f.
- Tübingen, ev.-theol. Fakultät (Fall Briggs) 304
- Überfremdung von Promotionsverfahren 267
- Übertritt zu einer anderen Weltreligion 105
- »Umfunktionierung« 7, 28, 60, 67, 83, 161, 237, 239, 289, 342, 382
- Umhabilitation 73
- Umsetzung 66, 69, 100, 205
- Umwandlung der theol. Fakultäten 6
- Universitätsautonomie 107, 113, 119, 216
 - konflikte 6
 - monopol 13, 18, 357, 365, 368, 375f.
 - predigeramt 95, 115, 159, 193
 - prüfung 230
 - theologie (kirchliche Funktion) 158, 335
- Universitas litterarum 237, 356
- Unverbindliches Anhörungsrecht 124, 146, 289
- venia docendi 36, 293
 - legendi 73, 203, 230, 260f., 289
 - Änderung der venia und nihil obstat 333
- Veränderungsstrategie 83
- Verbindlichkeit des kirchl. Votums 97
- Verbindungen von Fakultäten 8
 - zwischen Kirchenbehörden und Fakultäten 14f.
- Verbindung von Staat und Kirche 30
- Vereine als Träger kirchl. Hochschulen 361
- Vereinigte Staaten v. Amerika (Universitätsstruktur) 211
- Verfahrensnormen 35, 280, 299f.
- Verfassungskonforme Interpretation 86, 94, 98, 102, 227, 235, 283, 381
- Verfassungspolitische Angriffe 2
- Verfassungsrechtliche Grundlagen 10, 17ff.
 - Zulässigkeit 2
- Verfassungsstaat 15
 - treue 50, 117
- Verfassungswidrige Beeinträchtigungen 37
- Verfremdung des Bekenntnisses 131
- Vergeistlichung der Kirche 12
- Verhältnismäßigkeit 51, 64, 308, 311, 367, 380
 - des Ausscheidens 61 ff., 101
- Verkündigung 134, 136, 140, 161
- Verrechtlichung 3, 84
- »Versäulung« des Geisteslebens 21
- Vertragsprinzip 346
- Vertrauensschutz 315
- Vertretung kirchl. Hochschulen nach außen 363
- Verwaltungs- und Gerichtspraxis 63
- Verweisungscharakter der weltl. Rahmennormen 41, 218f., 221, 237, 240
- Verweltlichung 23, 129, 135
- Vetorecht 98
- Visitationsrechte 26
- Volkskirche 351
- Volkssouveränität 12, 32, 46, 116
- Vorbehaltsklausel der Hochschulgesetze 3
- Vorbeugendes Mitwirkungsrecht 48, 105, 289
- Vorhersehbarkeit 279
- Vorlesungsverbot 57

- Vorschlagsrecht 48, 77
 Votum decisivum 95 f., 103, 108, 123, 165, 167, 169, 208, 289, 330
- Wählbarkeit zum Dekan 65
 Wahrheitsbindung 130, 133, 135
 – frage 109, 124, 132, 146
 – zeugnis 127
 Wechselwirkung 35, 60 f., 309, 340, 367, 381
 Weimarer Reichsverfassung 7, 12, 24
 Weimarer Republik 15, 21
 Weltanschauungszwang 240
 Weltkirche 12
 Weltliche Rahmenbedingungen 29, 35, 115, 124, 169, 304, 317, 351, 380
 Weltlichkeit des Staates 1, 13, 23 ff., 43, 48, 66, 86, 100, 195, 208, 264, 347
 Wesentlichkeitstheorie 66
 Westdeutsche Rektorenkonferenz 359
 Westfälischer Friede 89
 »Willkürverbot« 82, 303
 Wissenschaftliche Fremdbestimmung 93
 – Gleichwertigkeit kirchl. Hochschulen 374
 – Kommunikation 71
 – Kompetenz 35, 73, 269
 – Qualifikation 49, 115, 303
 – Vorbildung der Geistlichen 371
 Wissenschaftlichkeit 93, 356, 362
 Wissenschaftsbegriff 9, 18, 253, 310, 324, 354, 358, 380
 Wissenschaftsfreiheit 1, 19, 22, 60, 63, 69 ff., 76 ff., 92 ff., 113, 115, 119, 121, 123, 125, 164, 168 f., 216, 228, 237, 239, 250 f., 254, 257, 266, 279, 297, 300, 302, 307, 309 ff., 341, 357, 364, 382
 – als Individualrecht 69, 310, 315
 – als institutionelle Garantie 71
 – und Fakultätszugehörigkeit 101
 Wissenschaftspflege 17, 350, 372
 Wortverkündigung 156
 Württembergische Landeskirche (Lehrordnung) 174, 181
- Zeitpunkt der kirchl. Anhörung 107
 Zeit- und Widerrufsbeamte 69
 Zensur 53
 Zugangssperre 50
 Zulassungsanspruch 311
 Zulassungsbeschränkungen 307, 312
 Zulassungsvoraussetzungen 201, 228, 238, 242 f., 246, 248, 270 ff., 273 ff., 276, 280, 289, 294 ff., 310 ff., 314, 372
 Zulassung zum Studium 314 f., 381
 Zumutbarkeit des Ausscheidens 61, 66 ff., 73 ff., 101
 Zurücknahme der Graduierung 280
 Zusammenwirken der Teildisziplinen 164
 Zuständigkeit (Nihil obstat) 53
 Zuständigkeitsregelung (Fakultät) 249
 Zustimmungsmächte der Kirche 222, 226, 298 ff., 331
 – Funktionsbezogenheit 332
 Zwangsausgliederung von Instituten 74
 Zwangsemanzipation 44
 Zwangsstaatskirchentum 40, 67
 Zwangsversetzung 57
 Zwei-Reiche-Lehre 129, 152, 198, 208
 Zwischenkirchliche Koordinierungspflicht 111 ff., 209 f.
 Zwischenprüfungen 246